

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig „ 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Auslieferung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 1. Feber 1923.

Nr. 25.

Der Ruf der Internationale.

Der Anschlag des französischen Imperialismus gegen den Frieden der Welt erfolgte in einer Zeit der argen Zerrüttung der Internationale. Die Hoffnungen, daß der militärische Einfall der französisch-belgischen Soldateska ins Ruhrgebiet von dem geschlossenen Widerstande der internationalen Arbeiterklasse unmittelbar abgewehrt werden könnte, mußte daher von vornherein gering sein. Dennoch kann das sozialistische Proletariat die Tagung der am 26. und 27. Jänner in Amsterdam versammelt gewesenen Exekutiven des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien als einen Lichtpunkt im Dunkel dieser Tage, ihre Beschlüsse als wertvollen Anhalt zu einer kommenden internationalen Aktion des Weltproletariats gegen die kapitalistischen Kriegsschüre und Weltverderber begrüßen.

Der Ausbruch des schweren Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich, wie ihn die militärische Okkupation des deutschen Ruhrgebietes bedeutet, weckte die Befürchtung, daß die ihn begleitende Hochflut des nationalen Hasses auch das Proletariat mitreißen könnte, und daß es den beiderseitigen kapitalistischen Klassen gelingen werde, die sich spinnenden Fäden zur Herstellung der internationalen Geschlossenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung zu zerreißen. Daß Poincaré die Zustimmung von vier Fünfteln der Mitglieder der französischen Kammer für seine Gewalttat gegen Deutschland zu erlangen vermochte, schien ebenso darauf hinzuweisen, daß der nationalistische Kriegsgedanke von 1914 wieder seine Auferstehung feiern werde, wie gewisse Erscheinungen im Verhalten der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet, deren Verbitterung an sich gewiß begreiflich ist. Auf beiden Seiten zieht denn auch die nationalistische Presse alle Register der Hege auf, betreibt die Erzeugung gefälschter Nachrichten wieder im Großen, um jene Atmosphäre des Hasses zu schaffen, die im Jahre 1914 das Denken der Massen des Proletariats in Rebel und sie zum Kanonenfutter für die Kriegstreiber in ihrem Lande werden ließ. Die Infiltrierung der sozialistischen Arbeiterschaft mit dem Gift des Haß- und Rachegeankens hätte auf die Keime zur Wiedererrichtung der internationalen Kampffront des Sozialismus vernichtend gewirkt und damit wäre jede Hoffnung auf Schaffung der Aktionsfähigkeit der Internationale auf unabsehbare Zeit geschwunden. Die Bedeutung der Amsterdamer Konferenz liegt darin, daß sie diese Befürchtungen zerstreut hat. Der Geist, der sie erfüllte und von dem ihre an die Arbeiter aller Länder gerichtete Kundgebung getragen ist, hat nichts von jenem unseligen Geiste an sich, der zu Kriegsbeginn die Internationale zerstörte und der in allen kriegsführenden Staaten weite Kreise der Arbeiterschaft fast bis zum Kriegsende beherrschte.

Die Vertreter der in Amsterdam versammelt gewesenen sozialistischen Internationalen und des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes waren in der Beurteilung der militärischen Besetzung des Ruhrrevieres und der Anwendung von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen zur Lösung des Reparationsproblems vollständig einig. Ebenso einig gaben sie ihren Willen kund, durch Zusammenfassung aller Kräfte und im internationalen Zusammenarbeiten aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Der Gewaltpolitik der kapitalistischen Klassen stellten sie den Gedanken der Friedens- und Verständigungspolitik entgegen und forderten das sozialistische Proletariat in allen Ländern auf, die Propaganda dieser Grundzüge mit äußerster Kraft zu betreiben, sowie in allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um diese zur Mithilfe bei der friedlichen Lösung des Konfliktes zu bestimmen. Besonders bedeutungsvoll aber ist die in der Kundgebung an das Proletariat gerichtete Warnung, der Vergiftung durch die Lügen der bürgerlichen Presse zu er-

Eine furchtbare Explosionstatastrophe in Benthen.

35 Tote. — 600 Verunglückte noch in der Grube. — Der größte Teil der noch nicht Geborgenen verloren?

Benthen, 31. Jänner. (Wolff.) Heute morgen ereignete sich in der Heinihgrube eine starke Explosion, wahrscheinlich eine Kohlenstaubexplosion. Bis nachmittags 3 Uhr wurden 150 Bergleute zutage gebracht. 70 Verunglückte mußten dem Lazarett zugeführt werden. Die Zahl der toten und verletzten Bergleute läßt sich noch nicht bestimmen. Da die Rettungsaktionen ihre Hilfeleistung noch nicht beenden konnten, befinden sich noch ungefähr 600 Verunglückte in der Grube. Bisher wurden 35 Tote geborgen.

Benthen 31. Jänner. (Wolff.) Bis 6 Uhr abends sind auf der Heinihgrube von den eingeschrenen 800 Bergleuten der Fröhlichschicht etwa 200 geborgen worden. Es befinden sich also noch 600 Mann unter Tag. Bis heute abends mußten 80 Bergleute die an Kohlenstaubgasvergiftung erkrankt sind, ins Lazarett überführt werden.

Benthen, 31. Jänner. (Wolff.) Zu der Kohlenstaubexplosion auf der Heinihgrube wird gemeldet, daß zu befürchten steht, daß der größte Teil der noch unter Tag befindlichen Belegschaft ums Leben gekommen ist.

Berschärfung der Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 31. Jänner. (Eigenbericht.) Die Lage im Westen verschärft sich von Stunde zu Stunde. Das Vorgehen der Franzosen gegen die regierungstreuen Beamten wird immer rücksichtsloser. Die Zahl der Verhafteten und Ausgewiesenen ist nicht mehr zu übersehen. Die kommandierenden Generale berufen sich auf das Vorbild der Deutschen in Belgien; doch damals war schließlich Krieg und jetzt befinden wir uns im Frieden. Die Gewalttaten

führten zur fast vollständigen Lähmung des Verkehrs. Allerorten brechen Streiks aus. In Bochum sind die Franzosen mit Tanks und Maschinengewehren eingerückt und haben zahlreiche Betriebsräte und Beamte verhaftet. Die Besetzung ist in großer Besorgnis, woher sie den Betriebsstoff für die Verkehrsmittel beziehen soll. Die Versuche, sich mit Gewalt in den Besitz von Kohle zu setzen, sind infolge der Haltung der Arbeiter bisher gescheitert.

Alle Kohlenlieferungen nach Deutschland werden angehalten.

Paris, 31. Jänner. (Havas.) Die französische und die belgische Regierung haben heute der deutschen Regierung durch den deutschen Botschafter in Paris und Brüssel bekanntgegeben, daß infolge der allgemeinen Verfehlung Deutschlands gegen seine Verpflichtungen den Besatzungsbehörden im Ruhrgebiete Weisungen erteilt wurden, vom 1. Feber an alle Kohlen- und Kokslieferungen nach dem unbefreuten Deutschland aufzuhalten.

Ausweisung von Gewerkschaftlern.

Das wahre Gesicht der französischen Arbeiterfreundschaftlichkeit.

Berlin, 31. Jänner. (Tsch. P.) Nach einer Meldung des „Vorwärts“ wollen die Besatzungsbehörden, sobald alle führenden Amtspersonen über die Grenze des besetzten Gebietes gebracht worden sind, das gleiche System auf die Gewerkschaftler anwenden, wenn die Arbeiterschaft weiter bei ihren passiven Resistenz

verharret. Der Anfang mit der Ausweisung von Gewerkschaftlern ist bereits gemacht. In Essen wurde der Vertrauensmann des Verkehrsverbandes ausgewiesen; auch auf anderen Stellen sind Vertrauenspersonen der Gewerkschaftler, die an der Organisation des passiven Widerstandes beteiligt waren, aus ihrem Heimatlande gewaltsam entfernt worden.

Der Eisenbahnstreik im Mainzer Gebiet.

Berlin, 31. Jänner. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Frankfurt a. Main, daß der Eisenbahnstreik im Direktionsbezirk Mainz andauert. Der starke Personenverkehr zwischen Frankfurt, Wiesbaden und anderen verkehrreichen Rheinstädten ist unterbrochen. Zwischen Mainz und Frankfurt ein Automobilverkehr hergestellt. Französische Patrouillen mit aufgesetztem Zeitengewehr durchziehen die Stadt Mainz und es werden Verhaftungen in großer Zahl vorgenommen.

liegen. Es ist die Presse, die in Frankreich darauf ausgeht, Deutschlands angebliche Widerpenigkeit bei der Erfüllung seiner Reparationspflicht als die Ursache der Anwendung der Zwangsmaßnahmen hinzustellen, während diese Presse in Deutschland der Gewalt des französischen Imperialismus nur den Appell an die Gewalt die Aufpeitschung aller nationalistischen Instinkte entgegenzusetzen vermag.

Die Proklamation der Amsterdamer Konferenz der sozialistischen Internationalen ist eine energische Abfage an die Hoffnung der Imperialisten aller Länder, daß die Arbeiterschaft ihnen auf dem Wege folgen werde, der die Welt von einem Krieg in den andern führen müßte. Die Kundgebung bedeutet aber auch die Festlegung des internationalen Proletariats auf der gemeinsamen Richtlinie des Kampfes gegen den internationalen Imperialismus und Kapitalismus, sie bedeutet schließlich den Ausdruck der gemeinsamen Erkenntnis, daß der Kampf gegen alle Raub- und Kriegspläne der kapitalistischen Klassen nur geführt werden könne auf der Basis des proletarischen Kampfes. Nur Hazardeure und Blinde konnten erwarten, daß die Konferenz die Lösung zur Eröffnung des Kampfes schon jetzt ausgeben werde. Angesichts der Schwächung der Kräfte der Arbeiterbewegung, besonders in den Siegerstaaten, wäre dies Bahnhöh und Torheit zugleich gewesen. Gerechtigkeit, Einigkeit und Erkenntnis der wahren Machtverhältnisse

erfordern die Anerkennung, daß die Amsterdamer Konferenz alles getan habe, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich erscheint. Unserer alten bewährten Lösung zufolge: „Ausprechen, was ist“, dürfen wir uns nicht verhehlen und nicht auszuspochen scheuen, daß das Proletariat im Augenblick zu schwach ist, um mit anderen Mitteln, als jenen des Proletestes, den imperialistischen Kriegstreibern entgegenzutreten. Daran mögen die Kommunisten ihren billigen Spott üben; sie sind im Grunde genommen am wenigsten berechtigt, über die „papierernen Proteste“ der sozialistischen Parteien zu höhnen, da sie selber bisher nicht im geringsten mehr machten, als solche „papierene Proteste“ zu beschließen und da ihre jahrelang fortgesetzten Spaltungsbemühungen es sind, welche das sozialistische Proletariat in den Zustand der Ohnmacht versetzt haben, in dem es sich heute befindet. Die sozialistische Arbeiterschaft wird dessenungeachtet erhobenen Hauptes ihren Weg fortsetzen. Die Kundgebung von Amsterdam ist ihr eine Gewähr dafür, daß die Arbeiterschaft in keinem Lande sich zum Werkzeug der zum Kriege treibenden Kräfte hergeben werde. Die Entfaltung der internationalen Kräfte des Sozialismus mag langsam vor sich gehen, aber daß sie sicher sich vollzieht, das lehrt uns die in Amsterdam erwiesene Einigkeit der Gesinnung, die schließlich zur Tat führen muß.

Das Ultimatum von Lausanne.

Die Lausanner Konferenz, die schon oft vor dem Abbruch stand, hat nun doch ihren notwendigen Abschluß gefunden: Die „alliierten und assoziierten Staaten“ haben den Entwurf eines Friedensvertrages ausgearbeitet und der Gegenseite überreicht, den die Türken auf Gnade und Ungnade annehmen müssen, Widerrede ist, bei Strafe des Abbruchs der Beziehungen, nicht gestattet. So las und liest man es offiziell. Inoffiziell handeln freilich die Franzosen mit den Türken an und erklären sich zu weiteren Verhandlungen bereit, so daß in dem knappen, hier berichteten Tatsachenmaterial die ganze Gewaltpolitik und intrigante Perfidie der noch immer herrschenden Geheimdiplomatie wie in einem Brennspiegel zusammengefaßt erscheint.

Rühmlich für die Vertreter der „westlichen Kultur“ ist dieses Ende nicht, man darf vielmehr sagen, daß die Weltbeglückungsphrasen, mit denen die Herren an der Seine und der Themse während des Krieges hausieren gegangen sind, seit den Tagen von Versailles noch wie eine so böse Probe zu überstehen gehabt haben, wie eben jetzt: Das „demokratische“, „freiheitliebende“ Frankreich wütel im Ruhrlande um nichts besser als Ludwig XIV. unruhmliden Angebens in den Zeiten der Kautbrige; und die „Hoffnung“ der Deutschbürgerlichen, die Engländer, enthielten sich im Streit um die Delfinder von Koffal als genau die gleichen rücksichtslosen Eroberer, als die sich Poincaré und noch am Rhein und an der Ruhr bewähren. Der Bankrott der kapitalistischen Diplomatie ist eben ein vollständiger, es gelingt ihr nirgends mehr, den Schein der Friedlichkeit oder des Ausgleiches von Gegenständen zu wahren, und wo man sie nicht einfach zum Besten hält, wie es die ausständischen Sitauer in Niemel tun, dort kommt sie überhaupt nur noch mit Böhlerereien, Gewalttätigkeiten und kriegsdrohenden Ultimaten weiter. Man erinnere sich, wie Poincaré zuerst von „produktiven Pfändern“ sprach, wie er dann das Gespenst der „Sanktionen“ in immer sichtbarere Nähe rückte, wie ihn die Engländer durch ihre vollständige Passivität, statt ihn von irgendwelchen Handlungen abzuhalten, vielmehr die Mauer machten, und vergleiche damit die Vorgänge in Lausanne. Hier standen einander seit vielen Wochen, mochte es sich auch formell um den Abschluß des griechisch-türkischen Krieges handeln, Briten und Türken als die eigentlichen Gegner gegenüber; manchmal blühte dazwischen der uralte, russisch-englische Gegensatz unheilverfündend auf und Franzosen, Italiener und Japaner spielten, von den Kleineren zu schweigen, die „Vermittler“. Die Vermittler mit all den unangenehmen Nebenbezügen, die diesem Worte anhaften, also selbst profitgierig, intrigant und schadenfroh. Die letzten Lausanner Nachrichten machen unwiderleglich klar, daß die französischen Delegierten Barère und Pompadour dem türkischen Unterhändler Ismed Pascha ähnlich den Rücken steiften, wie das zweideutige Wohlwollen Englands die Regierung Cuno in ihrem Widerstande gegen Poincarés Sanktionspolitik bestärkt haben mag, und das Ergebnis ist auch hier wie dort dasselbe: statt daß es zu einem erträglichen Ausgleich der Gegenstände auf irgend einer mittleren Linie kam, verbeigen sich die Streitparteien in ihrem Meinen und Wollen, wird der augenblicklich Stärkere förmlich dazu gedrängt, an das Schwert zu appellieren, und der Schwächere sieht sich der Gefahr des Ueberfallens ausgesetzt, ohne daß jene, die ihm ihre Sympathie bezeugt hatten, irgendwie eingreifen. Ob auch das Absicht ist? Ob sich auch jetzt noch Franzosen und Engländer verständnisvoll zuwinkern: „läßt du mir meine, laß ich dir deine Schächel“. Wer wills entscheiden? aber die Strupplosigkeit, mit welcher der kapitalistische Ausdehnungsdrang immer auf Ganze geht, läßt einen selbst die Vermutung solcher Niedertracht nicht völlig von der Hand weisen.

Gestiftet wird sie durch den „Friedensvertrag“, welcher jetzt den Türken in Lausanne zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt wurde. Was dieser an „territorialen Bestimmungen“ enthält, läßt wenig von dem Bestreben bemerken, das durch den Sieg gewaltig gesteigerte Selbstgefühl der Angoraregierung zu schonen, namentlich aber muß die Forderung, die Grenzfestsetzung zwischen der Türkei und dem Irak dem Völkerbundrat zu überlassen, die Armenisten vor den Kopf stoßen. „Völkerbundrat“ — das bedeutet nach den Lehren von Oberschlesien, daß die Herren der Entente erst recht unter einander sind und nach Herzenslust packeln können, daß also die Türken, wenn

Kriegsgefahr im Nahen Osten.

Konstantinopel, 31. Jänner. (Sabas.) Das Reutersche Bureau meldet, daß man in Konstantinopel Kreisen dafür hält, daß das Scheitern der Louanner Konferenz wahrscheinlich mit einem Kriege enden könnte. Die Aemalisten organisierten mit Rücksicht auf einen eventuellen Bruch der Konferenz ihre Truppen und konzentrierten sie in Tschanaal und Jomud. Wenn Angora den Angriff anordnet, könnte es geschehen, daß Harrington und die englischen Truppen genötigt wären, an

vier Fronten zu kämpfen. General Harrington, der von einer Inspektionsreise an der Front zurückgekehrt ist, konstatierte, daß die englischen Truppen vorbereitet sind und daß sie von der britischen Mittelmeerflotte und einem großen Teile der Atlantischen Flotte werden unterstützt werden. Die Engländer bemerken, daß wenn auch ein Bruch auf der Konferenz nicht den sofortigen Beginn der Feindseligkeiten herbeiführen würde, die jetzige Situation nicht bis ins Endlose andauern könnte.

Außenauskunft des Senates.

Der Außenauskunft des Senates hielt unter Vorsitz des Senators Sveceny gestern eine Sitzung ab. Außenminister Dr. Benes war zugegen unterlich es jedoch, mit Rücksicht darauf, daß der Inhalt seiner Erklärung über die außenpolitische Lage bereits bekannt ist, diese zu wiederholen.

Senator Dr. Nagle (deutschnational) gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Minister Benes es nicht für notwendig hält, im Plenum zu sprechen. Dr. Benes hat sich gerade über jene Dinge, über die wir am meisten etwas hören wollten, ausgeprochen. Da der Minister die Möglichkeit eines Weltkonfliktes nicht leugnete, hätten wir gerne gewußt, wie sich in diesem Falle die Republik verhalten würde. Redner bestärkt sich schließlich darüber, daß die Regierung Anordnungen für Deutschland verbiete, obwohl sie gerade dadurch ihre Neutralität beweisen könnte.

Senator Dr. Abovlik (slowakische Volkspartei) erklärt, daß die Slowakei vor allem nach Ruhe verlange und daß er eine eventuelle Einmischung der Tschchoslowakei in den französisch-deutschen Konflikt entschieden verurteilen möchte.

Senator Genoffe Niehner

bedauert zunächst, daß die Debatte, die sich in den Ausschüssen abgewickelt hat, nicht im Plenum stattfindet. Dadurch wäre allen Mitgliefern der gesetzgebenden Körperschaften die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben gewesen. Die Ausführungen des Außenministers sind unbefriedigend, weil sie, obwohl sie in den Mantel der Unparteilichkeit gehüllt sind, sehr einseitig und ungerichtet sind. Auch ist der Minister den wichtigsten Fragen aus dem Wege gegangen. Das Vergehen Frankreichs ist ein schwerer Eingriff in die Souveränität Deutschlands, ein Bruch des Friedensvertrages, ein Schritt, der für die ganze Welt und selbst für Frankreich schicksalvoll werden kann.

Der Redner erklärt es weiter für seine Pflicht, zu erklären, daß die deutschen Sozialdemokraten, obwohl sie von der Schuld Frankreichs überzeugt sind, es ablehnen, sich an nationalen Exzessen zu beteiligen oder irgendwie dem Nationalismus in die Hände zu arbeiten.

Die deutschen Sozialdemokraten verschließen sich nicht der Tatsache, daß die Umtriebe der nationalistischen Heher die Verhältnisse noch mehr komplizieren, als sie es ohnehin sind; wir werden unseren eigenen Weg gehen und die Deutschlandnationalen, die der Gewalt mit Gewalt beizugehen wollen, nicht folgen. Wir deutsche Sozialdemokraten werden eine Verheugung des Volkes nicht dulden und wir werden uns mit denen, die noch schreiben, nicht verbünden. Die deutsche Arbeiterschaft wird nicht einen Moment verassen, daß die deutschnationalen Kreise dem französischen Nationalismus in vielen Dingen den Vorwand für Vorgehen geliefert haben. Redner lehnt aber mit desto größerer Entschiedenheit die Ausführungen Dr. Benes ab, der indirekt behauptete, daß Deutschland nicht den guten Willen zur Erfüllung der Reparationen gezeigt habe. Es besteht keine Berechnung, an diesem guten Willen zu zweifeln, denn Deutschland ist bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsmöglichkeiten, ja noch über diese hinausgegangen. Es ist auch nicht richtig, daß Deutschland überhaupt keinen Reparationsplan vorgelegt habe, denn Deutschland hat gerade erst vor einigen Monaten einen solchen Plan unterbreitet. Daraus ist ersichtlich, daß Frankreich von vornherein jegliches Entgegenkommen Deutschlands ablehnte, nur um die deutschen Aohlengruben in seine Hände zu bekommen. Redner protestiert auch gegen die Behauptung, daß Deutschland selbst am Verfall seiner Wirtschaft Schuld trage. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, welche an den früheren Regierungen beteiligt war, hat es stets als ihre Aufgabe betrachtet, daß Deutschland im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit den ihm auferlegten Reparationsverpflichtungen nachkommt. Wenn Dr. Benes meint, daß die Tschchoslowakei Frankreich Dank schulde, so wäre da zu fragen, daß unsere Politik schon allzulange nach diesem Gesichtspunkte orientiert ist.

Dr. Benes und die Regierung sollten anerkennen, daß ihre bisherige Orientierung falsch ist und daß der tschechoslowakische Staat eher darauf angewiesen ist, ein gutes Nachbarverhältnis mit Deutschland zu pflegen.

Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, erscheint die Passivität des Außenministers nicht mehr als Neutralität, sondern als einseitige Parteinahme zugunsten Frankreichs. Dies ist umso ernster, als die ganze tschechische Presse, auch die halbamtliche, in unglaublicher Weise gegen Deutschland heult. Die einzig richtige Auffassung von Neutralität wäre, zwischen beiden

Staaten zu vermitteln. Der Außenminister hat sicher einen bedeutenden Einfluß bei den EntenteStaatsmännern und im Hinblick auf die Stimmung in vielen Ländern ist es kaum glaublich, daß eine Vermittlungsaktion schon im voraus für verloren betrachtet wird. Die Vorgänge in Deutschland sind eine gesamt-europäische Angelegenheit, an erster Stelle auch eine Angelegenheit dieses Staates. Die deutschen Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß dieser Konflikt in ruhiger Weise durch Verständigung beider Nationen gelöst werden möge. Deutschland und Frankreich können ruhig nebeneinander leben. Schließlich wird die Verständigung kommen, weil sie die einzige Möglichkeit ist und der einzige Weg ist für den Frieden Europas.

Senator Dr. Ledebur-Wicheln (deutscher Christlichsozialer) spricht der Bevölkerung des Ruhrgebietes seine warmsten Sympathien aus.

Senator Dr. Horáček (tschechischer Sozialist) erklärt im Namen aller Koalitionsparteien seine Zustimmung zur bisherigen Politik des Außenministers und polemisiert mit den Ausführungen der deutschen Redner.

Der Außenminister Dr. Benes antwortete jedoch auf die an ihn gestellten Anfragen. Seine Antwort wird aber, wie die Parlamentskorrespondenz meldet, erst heute bekanntgegeben werden.

Suland.

Das Gesetz über die Anschläge gegen die Republik — so wird nämlich der Titel des Schutzgesetzes lauten, — wurde von der fünfjährigen Koalitionskommission bereits erledigt und es werden sich mit ihm nunmehr die parlamentarischen Koalitionsklubs befassen. Die Sitzung des Zehnerausschusses, die gestern stattfand und die die endgültigen Dispositionen über das Gesetz treffen sollte, wurde auf Samstag verlegt, für welchen Tag auch ein Ministerrat einberufen ist. Man glaubt, daß bis zu diesem Tag das Gesetz fertiggestellt sein wird. Wie das „Pravo Lidu“ meldet, umfaßt die Gesetzesvorlage etwa sechzig Paragraphen, aber in der Kommission, die das Gesetz behandelte, wurden aufgrund von Einwänden der Vertreter der sozialistischen Parteien Streichungen vorgenommen und in den verbleibenden Teilen bedeutende Änderungen getroffen. Entgegen allen anders lautenden Nachrichten konstatiert das Blatt, daß das Gesetz viel milder sein wird, als man allgemein annimmt. Die ursprüngliche Vorlage enthielt eine Bestimmung, gemäß der Taten, die die Sicherheit eines Ministers oder eines Abgeordneten der Nationalversammlung bedrohen, als besonders qualifiziert und daher strenger bestraft werden müßten. Diese Bestimmung wurde dahin abgeändert, daß als besonders qualifiziert nur die gegen einen Minister in Ausübung seiner Tätigkeit als Minister begangenen Taten bezeichnet werden. Diese Vorschrift ist nichts neues, denn schon das alte österreichische Gesetzbuch kannte Bestimmungen über den Schutz von Amtspersonen. Wie das Blatt weiter meldet, wird das Gesetz gegen Börsenspekulationen die Valutaspekulationen, ob sie nun von Banken oder Privatleuten durchgeführt werden, streng verfolgen. In diesem Gesetz wird auf die Erfahrungen, die das Revisionsamt des Finanzministeriums bei den letztvorgenommenen Revisionen in den Prager Banken gewonnen hat, Rücksicht genommen werden. — Zu einer besonderen Novellierung des Preßgesetzes wird es auf Wunsch der Journalisten aus den koalitierten Parteien nicht kommen und man wird anstelle der Herausgabe einer Novelle zum Preßgesetz die Vorlage des neuen Preßgesetzes, welche dem Parlament seinerzeit zugegangen ist, rasch zu erledigen suchen.

Der Vollzugsausschuß der tschechischen nationalsozialistischen Partei hat in seiner Sitzung vom Dienstag den Beschluß des Abgeordnetenklubs der Partei bezüglich des Kampfes gegen die Teuerung zur Kenntnis genommen und beschlossen, die Regierung aus auch die übrigen Koalitionsparteien aufzufordern, die Aktion gegen die Teuerung energisch fortzusetzen. Der Vollzugsausschuß genehmigte ferner den Bericht seines Vertreters in der Kommission zur Abfassung des Gesetzes zum Schutze der Republik, Dr. Klobuda, über das in Vorbereitung befindliche Gesetz. Der Vollzugsausschuß beschloß ferner, den bisherigen Chefredakteur des „Ceske Slovo“ Borcka seiner Stelle zu entsetzen und ernannte zum Chefredakteur den gewissen Bürgermeister von Weinberge, Pichl. Gleichzeitig wurden die Mitglieder der Partei in der Regierung, insbesondere Minister Strizbrny beauftragt, tätig in der Redaktion zu erscheinen und die Redakteure zu informieren. Das heißt, daß der Vollzugsausschuß mit der Haltung des Blattes, dessen Morgenausgabe gewöhnlich mit seiner Abendausgabe des vorhergehenden Tages indirekt polemisiert, unzufrieden ist. Borcka galt als Anhänger Benes'ys, während Pichl zum rechten Flügel der Partei gehört.

Protektion der belgischen Sozialisten.

In den großen belgischen Städten, insbesondere in Brüssel und Antwerpen hat eine Reihe von Protestversammlungen der sozialistischen Verbände gegen die Ruhrbesetzung und insbesondere gegen die Beteiligung Belgiens an diesem Gewalttate stattgefunden. Die bedeutsamste dieser Versammlungen war die der Antwerpener Sozialisten. Erstens einmal machte diese Kundgebung einen gewaltigen Eindruck durch den ungeheuren Andrang zu der Versammlung, denn der größte Saal Antwerpens erwies sich als zu klein für die weit über 10.000 Teilnehmer, so daß eine zweite Versammlung improvisiert werden mußte. Zweitens hielten die beiden Angeordneten Wauters und Snymans außerordentlich wirksame und geschickte Reden, der erstere in französischer, Snymans in flämischer Sprache.

Wauters hob in seiner Rede besonders die ungehörliche Höhe der gegen Deutschland erhobenen Forderungen hervor; an der ihm aufgebürdeten Last von mehr als 600 Milliarden belgischer Franken würde es 50 Jahre lang zu zahlen haben und das wäre undenkbar. Es habe Versuche gemacht, seine Schulden zu bezahlen, aber das Besatzungsheer habe fast die Hälfte des bezahlten Betrages verschlungen. So sei die gegen Deutschland verfolgte Politik widersinnig und die Besetzung des Ruhrgebietes stellt den Gipfel dieses Widersinns dar.

Snymans ging mit der größten Strenge gegen die Dummheit der französischen und belgischen Staatsmänner vor. Im Kriege hätten sie das Volk aus Patriotismus belogen, von 1918 ab aber aus Verleumdung, indem man dem Volke die fabelhaften Summen vorgerechnet habe, die Deutschland bezahlen würde. Der Ursprung des Übels liege im Vertrage von Versailles, der Deutschland und alle anderen Länder zugrunde richtete. Auf die Lügen häufe man den Betrug, denn die Ruhrbesetzung sei ein Betrug. Der Vertrag von Versailles sehe im Falle der Nichterfüllung wirtschaftliche und finanzielle Maßregeln vor, aber von Besetzung sei keine Rede. Die Besetzung sei aber auch eine Dummheit, denn sie bringe nichts ein.

Snymans beklagte Belgien, daß es der Politik Poincares Gefolgschaft leiste. Diesem Manne wäre es nicht um Reparationen, sondern um Annexionen zu tun. Öffentlich könne sich Belgien schnellstens zurückziehen. Es müsse realpolitisch bleiben und dazu gehöre die Einbringung der Reparationen, die nur durch eine internationale Anleihe ermöglicht werde. Die Anleihe wiederum hinge von der Abschaffung der Reparationen und von Deutschlands Kredit ab, den es sich nur durch Ausfuhr erwerben könne. Um auszuführen, müsse es arbeiten, und um zu arbeiten, brauche es die Ruhr. Diese unüberleglichen Tatsachen bewiesen also, daß die Ruhrbesetzung eine grobe Ungeschicklichkeit sei.

Am Schlusse seiner wiederholt durch stürmischen Beifall unterbrochenen Rede empfahl Snymans die Annahme einer sich scharf gegen die Ruhrbesetzung richtenden Entschlieung; diese Entschlieung wurde mit Begeisterung und einstimmig gutgeheißen.

Brüssel, 30. Jänner. (Tsch. R.) Wie die „Agence Belge“ meldet, beschäftigte sich der Generalrat der sozialistischen Partei in seiner heutigen Sitzung mit der Ruhrfrage und nahm eine Mitteilung des englischen sozialistischen Abg. Duxton entgegen, der zum Ausdruck brachte, daß die Besetzung des Ruhrgebietes eine Lösung der Reparationsprobleme nicht erzielen wird. Der Generalrat beschloß den schwedischen Ministerpräsidenten Branting telegraphisch zu ersuchen, die Ruhrfrage vor den Völkerverbund zu bringen.

Die italienische Partei geht nach Hamburg.

Mailand, 29. Jänner. (W. B.) Der Kongreß der Provinzialverbände der vereinigten italienischen sozialistischen Partei beschloß, an dem Kongreß für die Wiederherstellung der sozialistischen Internationale in Hamburg teilzunehmen. Ferner erhob er gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen Einspruch.

Die italienische Partei hatte während des Krieges die Zweite Internationale verlassen und zunächst beschlossen, sich der Moskauer Internationale anzuschließen. Doch lehnte sie in ihrer überwiegenden Mehrheit die 21 Bedingungen Sinowjews ab, was zu einer ersten Spaltung führte. Später wollte aber der von Terrati geführte Flügel den Anschluß dennoch vollziehen, woraus ein Abbröckeln der Partei entstand. Die große Mehrheit der Parteimitglieder, sowie die wichtigsten Köpfe unter den Führern — Turati, Treves, Modigliani, d'Aragnona u. a. — sind indes der alten sozialistischen Partei treu geblieben, die übrigens mit etwa 80 Abgeordneten die weitmas stärkste Arbeiterfraktion im Parlament bildet.

Mit ihrem Beschluß, den alle Sozialisten Europas begrüßen werden, hat sich die italienische Partei auf den Boden des Aufrufes der Kölner Konferenz gestellt und damit ihrer fast siebenjährigen freiwilligen Isolierung aus der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende gemacht.

sie die Bedingungen annehmen, das Schicksal dieser Grenzen und damit Mossuls einfach den Gegnern überlassen. Was die politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertragentwurfes enthalten, ist aus dem vorläufig veröffentlichten Auszug nicht zu entnehmen, aber die Redefaschaden, die in den letzten Tagen in Lausanne ergebnislos ausgefochten wurden, legen auch hier die Vermutung zwingend nahe, daß es beschloßbererisch formulierte Forderungen sind.

Sie werden also den Versuch enthalten, den Türken gemischte Gerichtshöfe über Ausländer aufzujuden, wogegen sich die um ihre Souveränität eifersüchtig besorgten Nachbarn Angoras hartnäckig wehren; und sie werden, zujammert der territorialen Regelung, für Mossul ein Regime vorschlagen, das den Türken die freie Verfügung über die dortigen gewaltigen Ölsfelder nimmt. Diese in der Hand zu behalten ist ihnen deshalb eine Lebensfrage, weil sie gegen Petroleumkonzessionen vom amerikanischen Petroleumtrust eine Unmenge von Zugeständnissen erhandeln können und es ist in großkapitalistischen Kreisen ein öffentliches Geheimnis, daß die türkischen Verhandlungen mit Amerika schon sehr weit vorgeschritten sind. Die Türken berufen sich, wenn sie Ansprüche auf Mossul erheben, auf das Recht der Waffen, das ihnen bis zum Ende des Weltkrieges das Land ausgeliefert hatte, die Engländer wieder sagen, der Hauptteil der Bevölkerung sei nicht türkisch, sondern kurdisch. Dieses Moment würde eine Volksbefragung nahelegen, aber die Engländer weichen einer solchen gefühllos aus. „Völkerverbund“ lautet ihre Weisheit, doch wie es mit dem Allheilmittel ausschaut, haben wir schon früher dargelegt.

Vor Türken und Briten steht nun die Frage: Einigung oder Krieg! Denn die in Aussicht genommene Verabingung der Konferenz auf einige Wochen, damit man in Angora ruhig alles für und Wider überlegen könne, bedeutet nur einen Aufschub und keine Lösung, verstärkt vielmehr die Gefahr, daß sich die Dinge, wie an der Ruhr, so auch im Nahen Osten zwangsläufig weiter entwickeln. In dem Kräftepiel, das jetzt in Wirksamkeit treten wird, zählen Imponderablen mit wie die Hoffnung der Aemalisten auf Mossul und auf die Weiterentwicklung des französisch-englischen Gegenjahres, auch ein europäischer Brand um Deutschland dürfte in die Rechnung mit eingerechnet sein, und wo die realen Grundlagen zum Kombinieren fehlen, wird die allenthalben überhitzte nationalistische Phantasie dennoch solche sehen. Die wahrwichtige Blut von Erregung und Haß, die überall unter der Oberfläche schwebt, braucht nur an einer Stelle des Brandherdes emporzubrechen, um allenthalben hell aufzulodern, ein chauvinistischer Paroxysmus wird sich ganz leicht am andern entzünden. Das ist das Ergebnis der „Friedenspolitik“, das vier Jahre Nachkriegsimperialismus gezeigt haben.

Die Lausanner Konferenz. Neue Gegenätze.

Lausanne, 31. Jänner. Die drei Hauptausschüsse traten heute zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Curzon, Pompadour und Garroun wiesen auf die zahlreichen Konzessionen der Alliierten an die Türken sowie auf deren große Verantwortung im Falle einer Ablehnung hin. Ismet Pascha rief mit seiner Antwort, in der er gegen das gesamte Mandatssystem protestierte und um eine Frist von acht Tagen ersuchte, große Ueberrohung hervor.

Nach Schluß der Sitzung traten die drei Delegationsführer zu einer Besprechung über die Ismet Pascha zu erteilende Antwort zusammen. Frankreich scheint der Gewährung dieser Frist günstig gesinnt, die Engländer stehen offenbar auf ihrem früheren Programm, doch scheint nach den bisherigen Informationen der gestern entzündene Konflikt in der heutigen Sitzung nicht in Erscheinung getreten zu sein. Er beherrscht dagegen die gegenwärtigen Verhandlungen unter den Delegationsführern.

Die Beratung der alliierten Delegationsführer dauerte eine Stunde. Um 2 Uhr nachmittags wurde die Vollstung wieder aufgenommen. Im Namen der Alliierten erklärte Lord Curzon, daß es nicht möglich sei, die türkische Forderung einer achtzigtägigen Frist anzunehmen. Er werde auf jeden Fall noch bis Sonntag abends in Lausanne bleiben und er hoffe, daß man diese Zeit ausnützen werde, um die Schwierigkeiten beizulegen. Ismet Pascha erwiderte, daß er sich bemühen werde, innerhalb der verkürzten Frist zu einer Lösung zu gelangen. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

Protest der Ägypter.

Lausanne, 31. Jänner. (Schweiz. Dep. Ag.) Die ägyptische Delegation hat an die Konferenz einen Protest gegen die Ägypten betreffenden Bestimmungen gerichtet, die in dem den Türken vorgelegten Vertragentwurf enthalten sind. Sie verweist auf die Doppelsinnigkeit dieses Textes, der von der Anerkennung der tatsächlichen Unabhängigkeit Ägyptens nichts erwähnt und auf den willkürlichen Charakter des Zeitpunktes (14. August), der für den Verzicht der Türkei auf ihre Rechte in Ägypten und in Sudan festgesetzt worden sei. Alle diese Umstände seien geeignet, England zur geeigneten Zeit zu gelockten, die durch die Erklärung vom 28. Jänner 1922 geschaffene Lage sanktionieren zu lassen. Diese Erklärung sei übrigens von den Ägyptern als Eingriff in die Ausübung ihrer inneren und äußeren Souveränität verworfen worden. Zum Schlusse gibt die Delegation ihrer großen Enttäuschung Ausdruck, die die Ägypter darüber empfinden, daß die Konferenz ihre Forderungen in keiner Weise berücksichtigt habe.

Zur politischen Lage in Italien.

(Von unserem italienischen Mitarbeiter.)

Solange Italien eine parlamentarische Regierung hatte, unterlag das politische Leben des Landes jenen periodischen Krisen, die durch neue parlamentarische Gruppierungen neue Persönlichkeiten und Allianzen ausbrachten und der Politik Folgerichtigkeit und Zusammenhang nahmen. Heute haben wir tatsächlich überhaupt kein Parlament mehr, einmal, weil die Regierung für alle wichtigen Fragen außerordentliche Vollmachten besitzt, dann, weil sie die noch übrig bleibenden parlamentarischen Rechte nicht achtet, und schließlich, weil die Auflösung der heutigen Kammer jeden Tag erfolgen kann. Sehr vieles, was früher die Spalten der italienischen Blätter füllte, fällt heute fort; Nachrichten über bevorstehende Krisen, über Anschläge auf das Kabinett und solche schöne Dinge, gibt es nicht mehr. Viele halten sogar dafür, daß die Zeitungen einigermaßen langweilig geworden sind, was sich in einem starken Rückgang des Absatzes äußert. Da heute, von den drei oder vier oppositionellen Blättern abgesehen, eine Zeitung genau ist wie die andere, da lange Spalten offizieller Mitteilungen in allen wiederkehren, ist das Bedürfnis nach politischer Orientierung heute meist durch eine einzige Zeitung gestillt.

Die faschistische Presse legt diese eigenartige Eintönigkeit dahin aus, daß in Italien durch den faschistischen Sieg Regierung und Volk zu einer einzigen „monolithischen Einheit“ zusammengefaßt worden seien. Aber merkwürdigerweise demotiviert gerade die faschistische Regierung die Hoffnung, daß Italien nun endlich eine „artige Kinderstube“ geworden sei. Die Regierung legt nämlich eine geradezu panische Furcht vor allem dem an den Tag, was etwa wie Freiheit oder wenigstens wie Betätigung von Rechten aussieht: wie die Pressefreiheit, so stehen heute Versammlungs- und Koalitionsrecht nur noch auf dem Papier. In Rom sollte dieser Tage eine Versammlung der Mieter stattfinden, zu der die interessierten Kreise ganz Italiens ihre Vertreter entsenden sollten. Die Versammlung wurde in jüdischer durch einen Erlaß des Ministerpräsidenten verboten, welcher Erlaß in sehr gehässiger Weise Anwürfe gegen die drei Referenten der Zusammenkunft enthält; von dem früheren Bürgermeister von Bologna, dem Genossen Rechtsanwalt Zanardi, heißt es, er sei „von Verursachung der Zusammenkunft“ an einem vor zwei Jahren in Bologna vollzogenen politischen Mord! Der so Beschuldigte hat keinerlei Mittel, für den ihm angelegten Schimpf Rechenschaft zu fordern. Er hat eine verprügelte rechte Hand und kann sich nicht im Duell schlagen. Er kann nicht wegen Verleumdung klagen, denn, wenn es einst „Richter in Preußen“ gab, so gibt es heute sicher keine Richter in Italien. Er hat den Justizminister befragt, ob gegen ihn ein Strafverfahren wegen Missetat an dem betreffenden Mord schwebt und, im Falle verneinender Antwort, ob es zulässig sei, in einem offiziellen Erlaß ihn eines Verbrechens zu beschuldigen, dessen er nie angeklagt worden ist; mit einer wahrhaft abligen Wehrlosigkeit hat Mussolini erklärt, die Interrogation werde unbeantwortet bleiben! Fast gleichzeitig ist die älteste Arbeiterorganisation Turins, die seit beinahe 60 Jahren bestehende „Associazione Operaia“, die einen blühenden Konsumverein, eine reiche Bibliothek und vorzügliche Bildungsanstalten besaß, aufgelöst worden, angeblich, weil sie die Sicherheit des Staates gefährdet. In ihren Lokalen waren unlängst mehrere Gewerkschaftler von Faschisten überfallen und getötet worden!

Aber das alles ist noch nicht genug. Am 25. d. hat in Rom eine Zusammenkunft maximalistischer Abgeordneter stattgefunden, in der namentlich zwei Beschlüßfassungen erfolgt sind. In erster Linie dahin zu wirken, daß die heutige internationale Situation an der Ruhr von der parlamentarischen Kommission für das Auswärtige eingehend diskutiert und eventuell von einem Abgeordneten der sozialistisch-maximalistischen Fraktion in der Kammer zur Sprache gebracht werde, in der Form einer Motion, deren sofortige Diskussion gefordert werden soll. Des weitern beschloß die Zusammenkunft, dem Antrag einiger maximalistischer Abgeordneter nicht stattzugeben, die vorgeschlagen hätten. Ihr parlamentarisches Mandat niederzulegen, in Anbetracht der beständigen Drohungen und Gewalttätigkeiten, die es ihnen unmöglich machen, es mit Würde auszuüben. Es handelt sich also um Kundgebungen, die durchaus in den Rahmen der Parteilichkeit fallen: Forderung einer parlamentarischen Diskussion und Ablehnung von Demissionen von Fraktionsmitgliedern. Die Regierung bezieht sich, zwei offiziöse Communiqués gegen diese Forderung loszulassen, die reichlich eine halbe Spalte füllen. In ihnen heißt es, daß „in den faschistischen Massen die Tagesordnung des Direktoriums der Erbsitterung erwidert“, weil aus ihr hervorgeht, daß die Fraktion die demagogische Verbrüderung bei den nächsten Arbeiten der Kammer wieder aufzunehmen gedenke. Es heißt weiter, daß das Oberhaupt der Regierung und seine Mitarbeiter bereit seien, denen die Stimm zu bieten, die sich noch nicht mit der neuen Situation abfinden und sich für bestieg erklären wollen. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Diese Leute mögen wissen, daß der Ministerpräsident nicht gewillt ist, es zu dulden, daß die Autorität des Staates beleidigt werde, wie dies straflos unter dem vorigen Regime geschehen konnte. Wenn in Rußland die sogenannten Bourgeois gegen die Regierung eine analoge Haltung annahmen, wie die es ist, die in Italien die sogenannten Maximalisten gegen die faschistische Regierung einhalten, so würde ihr Schicksal schnell und blutig entschieden werden, wie das wiederholt in weitem Umfange geschehen ist. Es ist offenbar, daß diese Herren die faschistische Regierung schließlich in die Zwangslage versetzen werden, eine Haltung scharferer Strenge anzunehmen, die kein Mittel der Repression ablehnt. Das System, das auf Einschüchterung abzielt und die edlen Gefühle des Volkes der Arbeit entfremden will, wird sofort und endgültig aufzugeben sein, oder es wird ohne Rücksicht und ohne Zögern zermalm werden, mit allen Mitteln, ohne ein einziges auszusparen.“

Unsere Arbeiter gegen die Bedrohung des Friedens.

Die Protektion der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegen den Gewaltakt des französischen Imperialismus.

Der gewaltsame Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet und die ungeheure Gefahr eines neuen blutigen Konfliktes in Europa, die dadurch entstanden, hat auch die Arbeiterschaft in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei zu einem mächtvollen, leidenschaftlichen Protest auf den Plan gerufen. In vielen Städten Westböhmens, Nordwestböhmens, Nordböhmens und Schlesiens haben bereits in den letzten Tagen sozialdemokratische Versammlungen mit der Tagesordnung stattgefunden:

„Die Verletzung des Ruhrgebietes eine Friedensgefahr für Europa“.

Die Versammlungen über deren Verlauf wir schon kurz berichteten, wiesen überall einen überaus starken Besuch auf. Die ganze Kraft des deutschen Proletariats in diesem Staate wird lebendig, um das ungeheure Unglück eines neuen Krieges zu verhindern.

Wahre Massenversammlungen fanden vor allem in Westböhmen statt. Die Kundgebung in Karlsbad war in den großen Saal des Schützenhauses einberufen und gestaltete sich zu der größten Massenversammlung, die jemals ein geschlossener Raum in dieser Stadt beherbergt hatte. Genosse Hillebrand, dessen Rede tosender Beifall folgte, geißelte unter anderem in scharfen Worten die nationalen Reaktionenäre, gegen deren schwere Schuld er folgende Worte der Anklage erhob:

„Die monarchistischen Vorkriegskräfte, von Groll und Haß gegen die Republik erfüllt, suchen die Verwirrung zu steigern, den gewaltsamen Umsturz in Deutschland herbeizuführen und durch Blut und Tränen zur Wiederaufrichtung der alten Herrschaft zu gelangen. Die in fast allen Staaten Europas zu neuem Kraftbewußtsein erwachte Bourgeoisie glaubt die Zeit für gekommen, der Reaktion Wege zu bahnen, dem Proletariat die Errungenschaften der Revolutionen zu entreißen. Im Bunde mit den Vorkriegskräften Deutschlands sind auch die Nationalsozialisten unsere Landes- und Vorkriegskräfte, die nationalen Gegensätze zu verschärfen und so gemeinsam mit den monarchischen Orgeschanden die Völker in das Blutbad eines neuen grauenvollen Krieges zu hehen. Sie, die den Weltkrieg gewollt und seinen Brandstifter alle Vorbereitungen zum Kriege bewilligt haben, sie, die den Verständigungsfrieden, als er noch möglich war, verhöhnten und beschimpften und die Fortführung des Krieges bis zum Zusammenbruch betrieben haben, auf denen also die schwere Mitschuld an dem barbarischen Friedensdiktate lastet und die geschlossen haben, die Situation zu erzeugen, die die Voraussetzung des französischen Raubzuges ist, sie wagen sich nun wieder in dreister Vermeßtheit aus der Verborgenheit hervor, zur ungeheuren alten Schuld wollen sie eine neue fügen! Die Arbeiterklasse hat indes das Uebermaß der Schuld dieser politischen Desperados nicht vergessen und sie wird nicht säumen, sie, die wir alle Reaktionäre, nun Morgenluft wittern, in das verachtete Nichts zurückzujagen, aus dem sie in dreister Ueberhebung wieder heraufsteigen möchten.“

Auch in Falkenau sprach Genosse Hillebrand in einer gewaltigen Massenversammlung,

sal schnell und blutig entschieden werden, wie das wiederholt in weitem Umfange geschehen ist. Es ist offenbar, daß diese Herren die faschistische Regierung schließlich in die Zwangslage versetzen werden, eine Haltung scharferer Strenge anzunehmen, die kein Mittel der Repression ablehnt. Das System, das auf Einschüchterung abzielt und die edlen Gefühle des Volkes der Arbeit entfremden will, wird sofort und endgültig aufzugeben sein, oder es wird ohne Rücksicht und ohne Zögern zermalm werden, mit allen Mitteln, ohne ein einziges auszusparen.“

Und eine andre offiziöse Mitteilung unterstreicht diese Trost noch mit den Worten: „Bestand denen, die arbeiten, Bestanden, die Verschwörungen anzetteln.“

Diese ganze Taktik der Regierung erweckt natürlich in allen Kreisen das Gefühl großer Unzufriedenheit, weil sie als Ausdruck einer Geistesverfassung in Regierungskreisen gedeutet wird, die man wohl als Unruhe und Besorgnis bezeichnen darf. Eine Regierung, die einmal in der Woche das Bedürfnis fühlt, in einer in Italien ganz ungewohnten Sprache Hürchungen und ähnliche russische Maßnahmen in Aussicht zu stellen, kann das unmöglich zu dem Zwecke tun, Italien im Ausnahme zu diskreditieren, welcher Zweck ja ausgiebig verwirklicht würde; sie muß tatsächlich unter der Zwangsvorstellung einer schweren Bedrohung handeln, sie muß keinerlei Gefühl der Sicherheit haben. Die Resolution der maximalistischen Abgeordneten, die die „faschistischen Kreise“ eher beunruhigt haben soll, als sie überhaupt beunruhigt werden, wäre ganz unbeachtet geblieben, wenn nicht die Regierung mit so schwerem Geschick gegen sie vorgegangen wäre. Wenn man bedenkt, wieviel öffentliche Diskussion frühere Regierungen in Italien gebildet und getragen

in großen Versammlungen in Marienbad und Pilsen sprachen die Genossen de Witte und Krenser.

In Dux referierte in der Versammlung der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Genosse Uhl, in Bilin Genosse Hirsch, in Teplice Genosse Riechner, der die Hoffnung aussprach, daß die internationale Arbeiterbewegung den Ausweg aus der gefährlichen Situation bringe:

„Leon Blum hat inmitten der wütenden Meute der Nationalisten in der französischen Kammer tapfere Worte der Verurteilung der Gewaltpolitik gesprochen. Vandervelde sprach mutig von dem Unrecht, das dem deutschen Volke getan wird. Die englischen Arbeiter bekämpfen leidenschaftlich das Ruhrabenteuer Poincarés. Die Sympathien der Arbeiter der ganzen Welt sind auf Seite der deutschen Arbeiter. Das gibt uns Mut, Zuversicht und Hoffnung für die Zukunft. Angesichts der Macht des Imperialismus müssen wir dafür sorgen, daß die internationale Arbeiterbewegung, deren Kräfte heute zerpfittert sind, auf ihren alten Grundfesten wieder hergestellt wird. Wir sehen, daß die Reaktion marschiert. Es bedarf des ganzen Glaubens an unsere Sache, um durchzuhalten. Viele wenden sich von uns. Aber für einen wirklichen Sozialisten heißt es: nun erst recht! Wir kämpfen gegen eine unmittelbare Kriegsgefahr, wissen aber, daß wir sie nur dann dauernd bannen können, wenn der Kapitalismus beseitigt wird. Nur der Sozialismus kann einen Zustand des Friedens und der Gerechtigkeit herbeiführen.“

Ueber die Versammlung in Wagnsdorf, in der Genosse Fischer das Referat erstattete, haben wir bereits ausführlich berichtet.

In Schlesien veranstaltete die Bezirksorganisation Jägerndorf in den Städten Jägerndorf, Kreuzenthal, Würben, Thal und Silberhau öffentliche Protestversammlungen. In Jägerndorf sprach Genosse Vint, in Silberhau Genosse Hoeger und in den beiden anderen Städten Genosse Rafter. Sämtliche Versammlungen wiesen einen Massenbesuch auf und lieferten ein bereites Zeugnis der wärmsten Anteilnahme unserer Genossen an dem schweren Gescheh, das dem deutschen Proletariat drüben durch die Wahnsinnspolitik der Franzosen aufgezwungen wurde. Die Versammlungen beschloßen einmütig, nach den Beschlüssen unseres Parteivorstandes dem reichsdeutschen Proletariat hilfsreich zur Seite zu stehen.

Ueber die Versammlung in Troppau (Referent Genosse Kolli) liegt uns noch kein Bericht vor.

Gestern abend sprach Genosse Riechner in Prag in einer sehr gut besuchten Versammlung im kleinen Kroniafaal.

Der bisherige Verlauf der Versammlungsaktion, die ja noch nicht abgeschlossen ist, hat bewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft der Tschechoslowakei mit den Arbeitern Deutschlands und insbesondere jenen des Ruhrgebietes sympathisiert und daß sie fest auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Konferenzen von Frankfurt und Amsterdam steht, die das Proletariat aller Länder zum unermüdbaren Kampfe gegen den Imperialismus aufgerufen haben.

haben, hat man den Eindruck, daß diese sich doch ganz in anderer Weise in der öffentlichen Meinung verankert fühlen müßten, als dies bei der heutigen Regierung der Fall ist.

Ueberhaupt ist die Allgegenwärtigkeit der Regierung in jeder Spalte der Presse, die ersichtliche Offiziösität jeder öffentlichen Kundgebung nicht dazu angetan, die öffentliche Meinung zur Ruhe kommen zu lassen. Der faschistische „Messaggero“ empfindet z. B. Maßnahmen gegen das ausländische Kapital und gegen das Recht der Ausländer, in Italien Besitz zu erwerben, nach französischem Muster. In denselben Tage bringen andre genau ebenso offiziöse Blätter Vorschläge, um den Ausfluß auswärtigen Kapitals in die italienischen industriellen Unternehmungen zu fördern. Man kann sich denken, wie vertrauensvoll das Kapital sich diesem Wirbel von Garantien überläßt!

Dabei dauern die Gewalttaten im Lande fort. In Spezia hat ein Konflikt der Faschisten unter sich, bei dem es zwei Tote gab, zu weiteren fünf Ermordungen oder Verwundungen von Kommunisten geführt, wofür den Verwand hergab, daß der faschistische Angreifer früher Kommunist war. Da fast alle heutigen faschistischen Führer früher Sozialisten waren könnte man nach diesem System die sozialistische Partei als Sündenbock für alle faschistische Gewalttat wählen.

Dieser Tage tritt nun auch die faschistische Miliz, 100.000 Mann stark, in Funktion, natürlich mit den bei den Faschisten beliebten Feierlichkeiten, Treuschwur, Kundgebungskundgebung usw. Sie schwört „Gott und dem italienischen Vaterland“ Treue. Als Konkurrenzbetrieb beizeln sich die Nationalisten, eine Kundgebung zu organisieren, bei der sie dem König Treue schwören werden.

So kommt das Land aus der Offiziösität und den Organen nationaler Regierungstrennung gar nicht heraus. Gleichzeitig plant man eine Kampagne gegen die Hochfinanz mit fremdenfeindlichem und leicht antisemitischem Einschlag. Da nun aber die Hochfinanz auf der einen Seite, die Juden auf der andern in der faschistischen Bewegung eine große Rolle spielen, so wird die Regierung auch bald gegen diese Agitation „ein kräftig Wörlein“ sagen müssen, denn es ist nicht gut möglich, um gewisse Elemente zu gewinnen, diejenigen preiszugeben, die seinerzeit den Sieg des Faschismus in offener Kammer als ihren Sieg rühmen durften. Viel ernster als die heute im Vordergrund stehende Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Nationalismus ist die zwischen den arbeitenden Elementen innerhalb des Faschismus und dem Unternehmertum. Dieses hat gezögelt und fordert Zugeständnisse; jenen hat man versprochen und verspricht ihnen in täglichen Reden, die immer dabei anfangen, daß der Ministerpräsident ein Sohn des Volkes ist. Wie will man die widersprechenden Ansprüche erfüllen? Die Regierung verspricht: „Bestand denen, die arbeiten“; die arbeitenden Massen wollen aber nicht Bestand, sondern das Recht, sich selbst zu helfen.

Telegramme.

Ungarn und die Tschechoslowakei.

Budapest, 31. Jänner. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte der Minister des Auswärtigen Daruvarn, es sei niemals der Wunsch kundgegeben worden, daß die Kleine Entente in die militärischen Kontrollkommissionen Vertreter entsende. Die negative Rede des tschechoslowakischen Ministers des Auswärtigen könnte als Hoffnung auf eine konziliantere Atmosphäre aufgefaßt werden. Was die an der ungarisch-rumänischen Grenze herrschende Beunruhigung anlangt, so sei diese nicht auf die ungarischen Aktionen, sondern auf die Rüstungen Rumäniens zurückzuführen. Kein Mensch habe daran gezweifelt, daß die Gerüchte über Rüstungen in Ungarn, wie dies auch die militärische Kontrollkommission feststellt, jeder Grundlagelose seien. Diese Kommission könne unmöglich der Parteilichkeit bezichtigt werden, da sie ja aus Vertretern der ehemals feindlichen Staaten bestehe. Die Grenzzwischenfälle seien maßlos übertrieben worden. Im ganzen sei nur soviel geschehen, daß man vom fremden Gebiete aus auf die ungarischen Zollwächter schoß, und daß diese einmal die Schüsse erwiderten, sie aber ein andermal unerwidert ließen. Wir waren und sind, erklärte der Minister weiter, stets geneigt, die politischen Gespannen auszuweichen. Schwierigkeiten sind da nur insofern aufgetaucht, als es bei uns immer weniger politische Gespanne gab, als bei unseren Nachbarn. Auch wir suchen die europäische öffentliche Meinung. Wir wollten die Frage der Grenzzwischenfälle einem internationalen Forum vorlegen. Es liegt nicht an uns, daß dies nicht gelungen ist. Unsere Politik ist vollständig friedlich (!). Wir provozieren niemanden, andererseits aber weisen wir unter Bezugnahme auf die Verträge jede Provokation zurück. In Ungarn gibt es nur eine Politik, die von der Regierung befolgt Außenpolitik. Ein Beweis für unsere friedlichen Absichten ist es auch, daß wir bestrebt sind, mit den Nachbarstaaten im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens Vereinbarungen abzuschließen, Gegenwärtig werden Verhandlungen mit der Tschechoslowakei geführt und es ist unser schärfster Wunsch, daß sie zu einem Ergebnisse führen. Öffentlich wird eine Atmosphäre geschaffen werden, die es ermöglicht, mit unseren Nachbarn ein normales Zusammenleben zu erreichen.

Der Völkerbundsrat zur tschechisch-ungarischen Grenzregulierung.

Das Tsch. B. meldet aus der Informationsabteilung des Völkerbundes über die „ungarisch-tschechoslowakischen Grenzen“:

Die Vorkonferenz sandte dem Völkerbundsrat die von der Kommission für die ungarisch-tschechoslowakische Grenzregelung ausgearbeiteten Berichte. Diese Berichte betreffen das kleine Grubengebiete von Salgotarjan. Aus diesen Berichten geht hervor, daß die Grenzregelungskommission sich in zwei gleiche Parteien teilte: Die eine empfiehlt die Beibehaltung der Grenzen, die durch den Trianoner Vertrag festgesetzt wurden, die andere ist der Ansicht, daß es gut wäre, sich an den Völkerbundsrat zu wenden, um eine friedliche Rettifizierung der Grenzen im Salgotarjaner Gebiete zu erreichen. Im Hinblick auf die entscheidende Stimme des Vorsitzenden der Kommission sprach sich die Mehrheit zugunsten dieser zweiten Lösung aus.

Dem Begleitschreiben des Trianoner Vertrages vom 6. Mai 1920 zufolge sind die Verbündeten und assoziierten Mächte darauf eingegangen, daß der Völkerbundsrat im Falle eines Ansuchens seitens irgend einer der beteiligten Parteien seine Beihilfe zur friedlichen Regelung der definierten Grenzlinie anbieten soll.

Ungarn hat bereits um die Beihilfe des Völkerbundsrates angefragt. Die tschechoslowakische Regierung ist zwar nicht formal einverstanden, stellt sich aber nicht gegen diesen Vorgang. Im Hinblick darauf wurde diese Frage auf die Tagesordnung der jetzigen Tagung des Rates gesetzt, der entscheiden wird, ob er sich dieser Frage annehmen wird und auf welche Art sie gelöst werden soll.

Die türkische Ministerkrise.

Dresden, 31. Jänner. Die Wahl des neuen türkischen Ministerpräsidenten wird voraussichtlich am nächsten Dienstag stattfinden. Am Sonntag treten die Landesparteinstanzen der sozialdemokratischen Partei zur Beratung über die Folgen der durch den Regierungsturz hervorgerufenen Lage zusammen. Nach den heutigen Urteilen dürfte ein sozialistisch-demokratisches Kabinett mit wohlwollender Neutralität der deutschen Volkspartei gebildet werden, doch ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die Volkspartei auch selbst in das Ministerium eintritt.

Die Moskaufrage vor dem Völkerbundrat.

Paris, 30. Jänner. (Savas.) Im Völkerbundsrat stellte Lord Balfour das Ansuchen, daß sich die Versammlung mit der Frage der Grenzen der Türkei gegenüber dem Mandatsgebiet Syrien beschäftigen solle. Er verwies auf die Gefahren, welche die Moskaufrage für den Frieden bedeute, und sagte, der Rat müsse im Falle eines Konfliktes zwischen einem Mitgliede des Völkerbundes und einem dem Völkerbunde angehörigen Staat eingreifen. Falls die Türkei dies nicht annehme, beantragt er, daß eine besondere Sitzung gemäß Artikel 11 des Völkerbundes die zum Schutze des Weltfriedens bestimmten Maßnahmen beschließe. Er bemerkte, daß Großbritanniens dieses Verfahren wohl zu vermeiden hoffe. Schließlich werde die Türkei, wenn sie die Intervention des Völkerbundes annehme, mit den Mitgliedern des Völkerbundes auf gleichem Fuße stehen und sich den für notwendig erachteten Bedingungen fügen müssen.

Niewiadomski hingerichtet.

Warschau, 31. Jänner. Heute spielte sich der letzte Akt der dunklen Tragödie ab, die im Dezember v. J. ihren Anfang nahm. Der Mörder des ersten Präsidenten Polens Niewiadomski wurde heute bei Sonnenaufgang um 7.19 Uhr am Hange der Warschauer Zitadelle hingerichtet. Die Hinrichtung wurde in Anwesenheit des Staatsanwaltes Michalowski, des Vertreters des Polizeikommandanten Charlemin und des Verteidigers des Verurteilten Kieniski vollzogen. Niewiadomski kam auf den Ort der Hinrichtung ganz ruhig und bis zum letzten Augenblicke empfing er den Trost seines Beichtvaters. Die Hinrichtung wurde von einer militärischen Abteilung vollzogen.

Die gestrigen Blättermeldungen, als ob Kriegsminister Sokolowski sich ablehnte, zum Vollzuge der Hinrichtung Soldaten beizustellen, erwiesen sich als vollständig ohne Halt. Niewiadomski hinterließ nach Zeitungsmeldungen einen Brief an das Volk, in dem er seine Tat aufklärte. Das Begräbnis des Hingerichteten fand sofort an Ort und Stelle statt. Bekanntlich werden die Hingerichteten in der Zitadelle immer sofort am Hange der Zitadelle begraben.

Aus dem irischen Regenfell.

London, 31. Jänner. Bei Fermoy in der Grafschaft Cork ist ein Trupp von 42 Aufständischen gefangen genommen worden. Gestern abends drangen fünf Bewaffnete in Dublin in die Wohnung des Senators Bagwell, der Generaldirektor der irischen Nordbahn, ein. Er wurde in einem Auto entführt. Eine amtliche Proklamation droht Strafmaßnahmen an, wenn Bagwell nicht binnen 48 Stunden unversehrt freigelassen werde.

Herodias.

Eine geschichtliche Erzählung von Gustav Haubert.

Bithynien, Rhinoceros, sein Dolmetsch und Sifenna, der Oberste der Jöllner, schritten beim Scheine der Fackeln, die drei Eunuchen trugen, eilig hindurch.

Im Dunkel unterschied man allerlei grüne, häßliche Erfindungen der Barbaren: nägelbesetzte Streitkolben, die Wunden vergiftende Wurzelpfeere, Jangen, die Atrodillitiefen abnetelten. Im ganzen besaß der Tetrarch in Macharius Kriegsvorräte für vierzigtausend Mann.

Er hatte sie für den Fall, daß seine Feinde sich verbündeten, aufgeschapelt. Der Prokonsul aber konnte annehmen oder es auch aussprechen, er habe an einen Krieg mit den Römern gedacht, und er suchte, die Sache zu erklären.

Sie gehörten nicht ihm. Viel davon diente zur Abwehr von Raubgesindel, außerdem bedurfte man ihrer gegen die Araber, oder wohl auch: all das hätte seinem Vater gehört. Und statt sich hinter dem Prokonsul zu halten, ging er oder lief eigentlich vor ihm her. Dann stellte er sich kniend an der Mauer auf und verdeckte sie mit ausgestreckten Ellenbogen; aber der obere Teil einer Tür übertraug seinen Kopf. Bithynien bemerkte sie und wollte wissen, was sie verhielte.

Nur der Babylonier konnte sie öffnen. „Auf den Babylonier!“

Man wartete auf ihn.

Sein Vater war von den Ufern des Euphrats gekommen und hatte sich mit fünfshundert Reitern Herodes dem Großen zur Verteidigung der Ostgrenzen angeboten. Nach der Teilung des Reiches war Jassim bei Philippus geblieben und diente jetzt Antipas.

Er erschien mit einem Bogen auf der Schulter, einer Peitsche in der Hand. Biersfarbige

Die Ruhrbesetzung.

Wahre Worte in Amerika.

London, 30. Jänner. Reuter meldet aus Washington: Senator Mac Cormick sprach bezüglich der Lage in Europa die Ansicht aus, die alte Welt müsse durch schmerzliche Erfahrungen erkennen, welche Fehler sie begehe. Der Völkerverbund habe den Beweis geliefert, daß er ein armseliger Friedensstifter und ein armseliger Friedenshalter sei.

Zusammenstöße in Düren.

Berlin, 30. Jänner. (Wolff.) Wie aus Düren berichtet wird, kam es anlässlich der Durchfahrt des ausgewiesenen Aachener Regierungspräsidenten Dr. Rombach, der von der Bevölkerung stürmisch begrüßt wurde, zu Zusammenstößen mit französischen Truppen. Das deutsche Eisenbahnpersonal stellte den Dienst ein, da seine Forderungen auf Räumung des Bahnhofes nicht erfüllt wurde.

Ueber den Zwischenfall wird noch bekannt, daß die französische Besatzungsbehörde Kolonialtruppen aufgedrungen hat, die mit aufgeschlepptem Zeitengewehr die Menge zerstreuen sollten, die sich bei der Durchreise des früheren Regierungspräsidenten Dr. Rombach am Bahnhof versammelt hatte. Aufsehts der Erregung der Menge wurden drei Verhaftete wieder freigelassen. Auf die Forderung der Eisenbahner wurde die Wache zum Teile vom Bahnhof abgezogen, aber verstärkt wieder aufgestellt. Nach vergeblichen Verhandlungen über die Freigabe des Bahnhofes legten sämtliche Eisenbahner den Dienst nieder. Beim Verzuge den Franzosen, mit eigenem Personal den Betrieb aufzunehmen, wurden verschiedene Weichen beschädigt und unbrauchbar gemacht.

Lahmlegung des Verkehrs im Rheinlande.

Berlin, 31. Jänner. (Wolff.) Durch die Arbeits Einstellung der Eisenbahner in Ehrenbreitstein nach Besetzung des Bahnhofes durch die Franzosen ist das ganze Rheintal von Koblenz an von jedem Zugverkehr abgeschnitten. Um drei Uhr wurde seitens der Befahrung die Reichsbahndirektion Essen gesperrt und das Gebäude von französischen Patrouillen nach Oberbeamten durchsucht, die alle verhaftet wurden.

Gegen die Droffselung des Schulwesens.

Berlin, 31. Jänner. (Eigenbericht.) Die Parteien des Reichstages außer den Kommunisten beschloßen, in dem Protest des Reiches gegen die Besetzung, insbesondere auf die Droffselung des Schulwesens im besetzten Gebiete Gewicht zu legen. Die Lahmlegung des Schulbetriebes birgt die schwersten Gefahren für die Jugend in sich. Die genannten Parteien über die Schulsperren wird das preussische Unterrichtsministerium beibringen.

Eine deutsche Note an Frankreich.

Berlin, 31. Jänner. (Wolff.) Der deutsche Gesandte in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die französische Besatzungsbehörde in Essen hat von tausend Betten der städtischen Krankenhäuser etwa 300 beschlagnahmt. Der Diphtheritis pavillon mußte ohne Rücksicht auf die darin untergebrachten Kranken Kinder geräumt werden. Ebenso ist die Hauptklinik geräumt worden und die Stationen für Scharlach, Masern, Keuchhusten und Typhus. Die deutsche Regierung protestiert auf das nachdrücklichste gegen diese neuen Gewaltakte der französischen Besatzungsbehörden, die die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verletzen und die Be-

völkerung mit der Ausbreitung gefährlicher Seuchen bedrohen. Sie fordert deshalb die unverzügliche Räumung der beschlagnahmten Teile der Krankenhäuser und behält sich vor, volle Genehmigung zu verlangen.

Schwächliche Maßnahmen gegen die Hiltlergarde.

München, 31. Jänner. Der bayerische Innenminister Dr. Schreyer erläßt eine Kundmachung, wonach der Münchener Polizeipräsident für die KonzeSSION an die Nationalsozialisten verantwortlich ist. Der Innenminister gibt an die Staatskommissare die Befehung, bis auf weiteres alle öffentlichen Versammlungen und sonstigen öffentlichen Kundgebungen der Nationalsozialisten zu verbieten, wenn nicht die absolute Gewähr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestehe.

Wie es mit den von Schreyer erwähnten „KonzeSSIONen“ aussah, ist aus folgendem Bericht der Parteikorrespondenz zu ersehen: Hiltler hat nicht nur die ihm genehmigten sechs Versammlungen, sondern die von ihm geplanten zwölf abgehalten, er hat die Standartenweihe, wie er es wollte, auf dem Marsfeld abgehalten und seine Sturmtruppen haben nicht, wie die Regierung anordnete, die Bannmeile gemieden, sondern sind, wie Hiltler es wollte, durch diese hindurch zur Feldherrnhalle marschiert. Die verfassungsmäßige Regierung Bayerns, die am Freitag feierlich verkündete, daß die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei „den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angejagt“ habe, hat sich nicht dazu aufschwingen können, die Verfassung vor den Fußritten der Hiltlerischen Horde zu schützen. Sie hat den besseren Teil der Tapferkeit erwählt und sich feige vor Hiltler ins Maulloch verflochten. Hiltler konnte bei der Bannweihe erklären, daß seine „Flagge von Deutschlands Größe“ bleiben werde, und ungestört durfte er von der Reichsflagge sagen, daß sie „ein Zeichen sein wird von Deutschlands Schande, Deutschlands Ehlosigkeit und Deutschlands Zusammenbruch“. Nach diesem völligen Verjagen des nach Verhängung des Belagerungsstandes zum Generalkommissar ernannten Innenministers Dr. Schreyer und des Staatskommissars, Polizeipräsident Rorj wäre in jedem anderen Lande ihr weiteres Verbleiben im Amte unnötig gewesen. In Bayern ist es anders und nur von dem Münchener Polizeipräsidenten wird gesagt, daß mit seinem Rücktritt gerechnet werden könne.

Für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Ein sozialdemokratischer Antrag im Reichstag.

Berlin, 31. Jänner. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung der bayerischen Staatsregierung vom 26. Jänner 1923 sofort außer Kraft gesetzt werde. — Dieser Antrag, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fordert, hat nach der neuen Geschäftsordnung des Reichstages den Vorzug beschleunigter Verhandlung. Er wird infolgedessen schon morgen zur Erörterung gestellt werden.

1 Krone = 1346 Mark.

Berlin, 31. Jänner. (Eigenbericht.) Auf der Börse gab es anfangs Schwankungen, da man mit einem Einfluß der Lausanner Zinstigkeiten auf die Lage in Deutschland rechnete. Dann stiegen die ausländischen Devisen neuerdings. Der

Dollar erreichte den Stand von 48,877, das englische Pfund 226,931, der Schweizer Franc 7117 und die tschechische Krone stieg von 1142 auf 1346 Mark.

Genosse Hiltlerding beim Parteitag in Lille.

Auf Wunsch der französischen Sozialdemokraten.

Berlin, 31. Jänner. Dr. Hiltlerding reist als Vertreter der sozialdemokratischen Partei nach Frankreich, um an dem Kongress der französischen Sozialdemokraten in Lille teilzunehmen. Die französische Partei hat die Entsendung eines Delegierten der deutschen Sozialdemokratie gewünscht und die französische Botschaft hat offenbar nach aus Paris eingeholter Genehmigung Dr. Hiltlerding das Visum zur Reise nach Frankreich erteilt.

Der Löwe.

Von Theodor Ghele.

In grauen Zeiten galt im Reich der Tiere das Recht der Freiheit und Gleichheit; jede Kreatur war frei, und keine war einer andern untertan.

Aber schon damals fraßen die Tiere; und der Löwe war stärker und gefräßiger als alle und verschlang jegliche Kreatur, die er erjagen konnte; da war keine Sippe, die er nicht in Trauer brachte.

Endlich traten die Verfolgten zusammen und berieten über Mittel und Wege, wie man diesem trostlosen Zustand ein Ende machen könnte.

„Der Löwe ist ein Frevler und Verbrecher“, sagte der Büffel.

„Der Löwe ist ein Räuber und Mörder“, sagte die Giraffe.

„Der Löwe ist ein Verächter unseres heiligsten Rechtes“, sagte der Hirsch, „und darum verdient er den Tod.“

„Ja“, riefen alle Tiere, „hundertfach hat er den Tod verdient“, und sie verurteilten ihn zum Tode.

Aber wer wagte es, das Urteil an dem Schrecklichen zu vollziehen? — Und wiederum berieten die Tiere.

Und das Kamel ergriff das Wort und sprach: „Genossen! Wir wollen großmütig sein. Wir wollen Gnade üben. Wir wollen dem Bösewicht sein verruchtes Leben schenken, aber wir müssen ihn unschädlich machen, und darum laßt uns ihn verbannen.“

„Ja“, riefen alle Tiere; und sie verbannten ihn.

Aber wer vermochte es, den Fürchterlichen zu vertreiben? —

Und zum dritten Male berieten die Tiere. Sie wußten keine Rettung.

Da sprach zuletzt das Pferd: „Genossen! Es ist gewiß, daß der Löwe ein Schandfleck in unserer Gesellschaft ist, den wir austilgen müssen. Da wir den Frevler aber weder umbringen noch vertreiben können, so rate ich, ihn über das Gesetz zu stellen, indem wir ihn zu unserem König machen.“

Das Pferd überzeugte die Tiere, und sie verließen dem Löwen die erbliche Königswürde.

Und sie waren wieder zufrieden und glücklich, denn wer fürderhin dem Löwen unter die Klauen kam, der hatte das tröstende Bewußtsein, nicht einem sträflichen Verbrecher zum Opfer zu fallen, sondern für eine große Idee verbluten zu dürfen.

(Aus der zum 50. Geburtstag von Theodor Ghele im Verlag von Walter Seifert in Heilbronn soeben erscheinenden Gesamtausgabe seiner „Fabeln“.)

Schnüre schlängeln sich um seine krummen Beine. Die ärmellose Tunika ließ seine dicken Arme in ihrer ganzen Länge sehen, und eine Pelzmütze warf ihren Schatten über sein Gesicht mit dem in Ringel gekräuselten Bart.

Zunächst schien er den Dolmetsch nicht zu verstehen. Bithynien aber schreuderte Antipas einen Blick zu, und dieser wiederholte gleichgültig seinen Befehl. Darauf drückte Jassim seine beiden Hände gegen die Tür. Sie glitt in die Mauer.

Ein Hauch von warmer Luft wehte aus der Finsternis auf. Ein Gang führte in Windungen abwärts; sie betrat ihn und kamen zu der Schwelle einer Grötte, die geräumiger war als die andern unterirdischen Kammern.

Eine bogenförmige Luke öffnete sich im Hintergrunde nach dem Abgrund, der die Burg auf dieser Seite schützte. Ein in der Wölbung eingewurzelt Weisblatt ließ seine Blüten ins volle Licht herabhängen. Am Boden hin glühterte ein Wassergerinn.

Da standen weiße Pferde, ihrer hundert viele, und fraßen Haser von einem in der Höhe ihres Mauls angebrachten Brett. Allen hatte man die Mähne blau gefärbt, die Hüfe in Schab aus Spartagrass gesteckt und die Haare zwischen den Ohren auf dem Stirnband wie eine Perle gesodet. Mit ihrem sehr langen Schweif schlugen sie sich lässig an die Beine. Der Prokonsul fand kein Wort für seine Bewunderung.

Es waren wunderbare Tiere, schmiegsam wie Schlangen, leicht wie Vögel. Sie blieben nicht hinter dem Pfeil des Reiters zurück, warfen die Menschen zu Boden und bissen sie in den Bauch, sie kannten im Fellecht keine Hindernisse, sprangen über Abgründe hinweg und konnten einen ganzen Tag lang durch die Ebenen reiten, ohne in ihrem rasenden Galopp innezuhalten; ein Wort, und sie standen still. Als Jassim eintrat, kamen sie zu ihm her wie Schafe, wenn der Hirt

erscheint; und ihren Hals vorstreckend, blickten sie ihn mit ihren Rinderaugen unrühig an. Wie gewöhnlich stieß seine Kehle aus ihrer Tiefe einen heiseren Schrei aus, der sie in Freude verlegte; und sie bäumten sich voll Sehnsucht nach Freiheit und in Begier, dahinzustürmen.

Antipas hatte sie, damit Bithynien sie ihm nicht wegnehme, an diesem Orte hier eingeschlossen, der bei einer etwaigen Belagerung für die Tiere eigens bestimmt war.

„Der Stall ist schlecht“, sagte der Prokonsul, „und du läufst Gefahr, sie zu verlieren! Nach das Verzeichnis, Sifenna!“

Der Jöllner zog ein Täfelchen aus seinem Gürtel, zählte die Pferde und schrieb sie auf.

Die Beamten der Fiskusverwaltung bestachen die Statthalter, um die Provinzen ausplündern zu können. Dieser hier mit seiner Spürhundschnauze und seinen blinkenden Augenlidern schnoberte überall hin.

Endlich stieg man wieder empor und kam auf den Hof.

Erplatteten bedeckten mitten im Pflaster da und dort die Zisternen. Er bemerkte eine, die größer war als die andern und unter den Abfägen keinen Ton gab. Er schlug eine nach der andern an, dann heulte er, indem er aufstampfte:

„Ich hab' ihn! ich hab' ihn! Hier hat Herodes seinen Schatz!“

Das Schatzsuchen war eine Manie der Römer.

Es gäbe keinen, schwor der Tetrarch.

„Nun wohl, was wahr dann hier verborgen?“

„Nichts! ein Mann, ein Gefangener.“

„Zeig ihn!“ sagte Bithynien.

Der Tetrarch gehorchte nicht; die Juden hätten sein Geheimnis erfahren. Seine Weigerung, die Platte öffnen zu lassen, machte Bithynien ungeduldig.

„Stoß sie ein!“ schrie er den Viktoren zu.

Manna! hatte erraten, worum es sich handelte. Er sah ein Bein und glaubte, man wolle Johannes enthaupten; und er fiel dem Viktor beim ersten Hieb auf die Platte in den Arm, stieß zwischen sie und das Pflaster eine Art Dietrich und hob sie dann mit seinen langen mageren Armen, deren Muskeln anschwellen, langsam und sicher auf; sie fiel zurück. Alle staunten über die Kraft des Greises. Unter dem mit Holz verkleideten Deckel erschien eine Falltür von gleichem Umfang. Auf einen Faustschlag schlug sie in zwei Teilen auseinander; man sah jetzt ein Loch, eine riesige Grube, um die rings eine geländerlose Treppe lief; und die sich über den Rand beugten, gewahrten auf dem Grunde etwas Unbestimmtes und Grausiges.

Ein menschliches Wesen lag an der Erde, und das lange Haar, darunter es lag, mischte sich mit den Haaren des Tierfells, das seinen Rücken bedeckte. Der Mann erhob sich. Seine Stirn stieß an ein wagrecht eingesetztes Gitter, und von Zeit zu Zeit verschwand er in den Tiefen seiner Höhle.

Die Sonne ließ die Spitzen der Tieren die Änuse der Schwärter aufblitzen, erhigte die Fliesen bis zur Unertaglichkeit; und Tauben flogen von den Simsen auf und flatterten in Kreisen über den Hof. Es war die Stunde, wo ihnen Manna! Körner vorzuwerfen pflegte. Er blieb hingelauert vor dem Tetrarchen, der neben Bithynien stand. Die Galiläer, die Priester, die Soldaten bildeten einen Kreis dahinter; alle schwiegen in Angst vor dem, was kommen sollte.

Das erste, was man vernahm, war ein schwacher Seufzer, den eine hohle Stimme ausstieß.

(Fortsetzung folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Große Arbeitslosentendebung in Karlsbad.

Die Arbeitslosen lehnen die „Hilfe“ der Kommunisten ab.

Karlsbad, 31. Jänner. (Eigenbericht). Trotz des ungemein schlechten Wetters, das die Straßen unpässierbar machte, hatten sich heute Hunderte Arbeitslose des Bezirkes Karlsbad, der von der Krise besonders hart mitgenommen ist, zu einer Kundgebung in der Sprudelhalle eingefunden. Die Kommunisten, die bisher alle praktische Arbeit in der Arbeitslosenfrage den Sozialdemokraten überlassen hatten, glaubten die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne für ihre Parteizwecke mit möglichst Argumenten Propaganda zu machen. Es sprachen unsere Genossen de Witte, Löw und Herdlička, worauf der Moskauer Agent Diekl aus sich die Verammlung trotz deren Widerspruch aufdrängen wollte. Die Arbeitslosen hatten jedoch nicht Lust, sich seine Phrasen anzuhören, stürmten das Podium und drängten die Kommunisten hinaus. Unter lebhafter Zustimmung der Verammlung erklärte Genosse Sacher, daß die Kommunisten ungeladen in ihrer Mitte nichts zu suchen hätten. Dann wurde ein Bezirkskomitee gewählt, das der politischen Bezirksverwaltung die Forderungen und Beschwerden der Arbeitslosen übermitteln soll, welche darin bestehen, daß die Unterstützung von sechs auf neun Monate ausgedehnt und die Saison- und Bauarbeiter den übrigen gleichgestellt werden. Außerdem fordern die Arbeitslosen die Eröffnung von Notstandsarbeiten. Der Leiter der politischen Bezirksverwaltung versprach, die Wünsche zu unterstützen.

Lodgmans Freunde.

Soweit die deutsche Zunge reicht, sind sie heute gute Freunde, die frommen Christen und die strammten teutschen Reden, und namentlich in Deutsch-Österreich sind sie ein Herz und eine Seele. Wäre nicht die Parteilegitimation, so stiele es verteuert schwer, die schwarzen und schwarzgelben Herren um Seipel und Weiskirchner, Zerzabel und Malaja von den Palatinariern um Waber, Frank, Dinghofer und A. S. Wolf zu unterscheiden, und daß wieder Waber und Frank mit unseren heimlichen Lodgman und Knirsch innigst verbündet sind, beteuern sie selbst zu oft, als daß wir es bezweifeln wollten. Erst in den allerjüngsten Tagen haben sie ihre Gesinnungsgemeinschaft in wahrhaft herzerhebender Weise bekundet, als sie in unzähligen Vereinsversammlungen mit unverfälschtem, algermanischem Delirium gegen die „Sunnen an der Ruhr“ protestierten. Kein Wort war stark genug, um den Lärm der Vierkrügel zu überbieten, „Niedertracht“, „Verbrechen“ und „Räuberpad“ war das Mildeste, was man Poincare in Ermangelung von Handgranaten an den Kopf warf, und alles stieß über von Beteuerungen der Schicksalsgemeinschaft zwischen den Deutschen in Eger, Wien und Essen. So wütete man in tausenden von Wirtschaftshäusern mit Worten und großen Gesten, die Laten der Freunde Lodgmans aber schauen ganz anders aus. Denn dieselben Frank und Waber, die bei einer Kundgebung im Wiener deutschen Volkshaus mit dem Brüllen tiefer Ueberzeugung ausriefen: „Mit tiefem Leide und tiefer Ergreiftheit im Herzen fühlen wir Deutschösterreicher die Not unserer Brüder mit. Sind wir doch mit ihnen durch eine unlösliche Schicksalsgemeinschaft für ewige Zeiten verbunden. Mit aller Entschiedenheit und Leidenschaft protestieren wir in dieser Stunde gegen die rohe Gewalt Frankreichs. Deutschlands Kampf um sein Recht und um seine Achtung in der Welt ist auch unser Kampf. Zwar haben wir jetzt nur Worte, aber den Worten folgen einst Taten.“ — Dieselben Großteutschen Männer gaben als Vizekanzler und Minister der Deutschösterreichischen Republik ihrem hochwürdigen Herrn und Meister Dr. Seipel ihren Segen auf die Reise, als er sich eben jetzt aufmachte, Poincare in Paris zu besuchen. Der Hunne Poincare und Franks, also Lodgmans Freund Seipel an einem Tisch wäre ein Bild zum Lachen, wenn es nicht so niederdrückend erbärmlich wäre; Seipels Trinkspruch auf Poincare, just während deutsche Volksgenossen durch fran-ösische Kugeln niedergehakt werden, Seipels Dank an den „grofmütigen Helfer“ in Paris im gleichen Augenblick, da dieser die „deutschen Brüder“ und ihr gesamtes Wirtschaftsleben von Grund auf zerstört — die Szenen verdienen als Zeugnisse deutschbürgerlicher Schmach im Gedächtnis festgehalten zu werden, nur ach, sie sind zugleich der Abschluß von Deserteursverflüchtung, und der Gedanke erstickt einen jeden Laut des Spottes in der Kehle. Das Verbrechen, das jetzt an Deserteurs Deutschen in Paris verübt wird, verwandelt Worte des Hohnes gegen die Dinghofer, Frank und Waber in Worte des Abscheus — ihre Freunde hierzulande aber sind dem Spotte frei. Sie belasten sich, wenn sie ihre Phrasen deklamieren, nicht mit Verantwortung, sondern setzen sich bloß pathetisch in Szene, sie mimen die Unverfälschten, zu jedem Kampfe Entschlossenen und erklären sich mit den „Brüdern an der Ruhr“ solidarisch, weil — es sie nichts kostet. Würde es aber ihr Klassenwortteil verlangen, so würden sie ihre Kraftworte genau so vergessen, wie Waber und Frank. Denn wofür sind sie gute Freunde, die Lodgman und Knirsch, die Frank und Seipel?

Der blamierte D. S. B. In der Nummer vom 20. Dezember 1922 berichteten wir von dem Vereinstfall des D. S. B. bezüglich der Angestelltenkategorie in Prag. Bei einer Verammlung in Eleonorenbad im Böhmerwald trat nun der Kreisgewerkschaftssekretär Genosse Kuppelent dem nationalsozialistischen Abg. Jung entgegen und beleuchtete diese Schandtat des D. S. B. Hierbei entschlüpfte dem Abg. Jung das Geständnis, daß es wahr sei, daß der D. S. B. mit den tschech.-nationaldemokratischen Propagandisten der Angestelltenkategorie in Prag verhandelt habe, daß dem D. S. B. dort das Versprechen gegeben wurde, daß nationale Kataster angelegt werden und daß der Vorstand paritätisch aus Deutschen und Tschechen zusammengestellt werden solle. Auf Grund dieses Versprechens hat erst der D. S. B. seinen Mitgliedern empfohlen, dieser Klasse beizutreten. (In Wirklichkeit aber auf Weisung des Industriellenverbandes.) „Wie vorzusagen war“, erklärte Abg. Jung, „hätten die Tschechen wieder nicht Wort gehalten und aus all dem Versprochenen ist nichts geworden.“ Die „Nationalen“ hört jedoch diese Tatsache nicht, sie halten nach wie vor an der von den Nationalisten gegründeten Kassa fest und loben sogar noch die tschechischen Nationaldemokraten, weil sie so tatkräftig für die Interessen der Angestellten eintreten. (1) Dies beweist eine Zuschrift der Ortsgruppe des D. S. B. in Eleonorenbad an die Bezirkskategorie in Winterberg vom 21. Dezember 1922. In dieser Zuschrift heißt es u. a.:

„Ihre Behauptung, daß die tschechischen Nationaldemokraten mit der Prager Kasse zusammenwirken, bezweifeln wir nicht, halten aber dem entgegen, daß die Partei der tschechischen Nationaldemokraten bis zur Stunde die einzige tschechische Partei ist, die sich unter allen Umständen und voraussetzungslos für die Aufrechterhaltung der Angestelltenpensionsversicherung und der sonstigen Angestellteninstitutionen tatkräftig und mit sichtbarem Erfolge einsetzt. Wenn also einige Mitglieder der Prager Kasse politisch den Nationaldemokraten nahestehen, so ist dieser Umstand mit Rücksicht auf die Wahrung der besonderen Angestellteninteressen im Rahmen der Sozialgesetzgebung keineswegs so unangenehm.“

Jeden Angestellten wird die Behauptung sicher berühren, daß die Partei des Kramarsch und Raschin die einzige Partei ist, welche die Interessen der Angestellten tatkräftig und mit sichtbarem Erfolg vertritt. Die tschechischen Nationaldemokraten, welche von den tschechischen Angestellten wegen ihrer angestelltenfeindlichen Haltung so sehr bekämpft werden, können sich gratulieren, daß sich nun eine deutschwöllische Organisation findet, welche sie wegen ihres Vorgehens noch lobt.

Jugoslawische Wahlkampfmethode. In Jugoslawien finden beknüppelt in der nächsten Zeit die Wahlen in das Parlament statt. Die Wahlpropaganda arbeitet nach einer Meldung unseres Temesvarer Bruderblattes mit recht drastischen Mitteln, wobei sehr viel Schmutz aus der politischen Welt Jugoslawiens zutage kommt. So beschuldigt der frühere Minister Protic in seinem Blatte „Radikal“ den Minister Pribicevic, daß er seinen Kollegen Drabevic habe ermorden lassen. Minister Pribicevic antwortet auf diese Anschuldigung im Blatte „Belogradski Dnevnik“, daß die Frau des Protic eine Prostituierte sei und daß seine Kinder unbekanntes Väter hätten. Protic seinerseits hielt seinem Gegner in der nächsten Folge seines Blattes wieder vor, daß er ein Verbrecher sei und daß er früher als Lehrer einer Mädchenschule sich den Mädchen gegenüber geradezu schändlich benommen hätte. Im Blatte „Republika“ wird in einem Artikel, der den Titel „Eine edle Familie“ trägt, Ministerpräsident Pasic heftig angegriffen und von ihm behauptet, daß er auf unredliche Weise sich in der Beschaffung von Geldern betriebe und außerdem aus einem russischen Wohlfahrtsfonds eine Million Rubel gestohlen habe. Die Pressepresse bringt auch Einzelheiten vom Hofe des verstorbenen Königs Peter und des jetzigen Königs Alexander, die die Zustände in diesen königlichen Haushalten in kein besonders gutes Licht stellen.

Hausdurchsuchungen in Mähren und Schlesien. In Brünn wurden am Montag die Kanzleiräume der Organisation der deutschen Landwirte Mährens von Polizeibeamten durchsucht, da der Kanzleileiter ein Mitglied des „Deutschen Verbandes“ ist. Die Hausdurchsuchung verlief erfolglos. Wegen Zugehörigkeit zum „Deutschen Verband“ wurden bei Personen auch in Kreiwaldau, Freudenthal, Olmütz und Ostrau umfassende Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen aber nichts Gefundenes wurde.

Einheitliche Uniform für die Soldaten der kleinen Entente. „Budonost“, das Organ der unabhängigen tschechischen Sozialdemokratie, bringt die Nachricht, daß in den militärischen Kreisen ein Antrag auf Einführung einer einheitlichen Uniform für die Soldaten der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumaniens aufgetaucht sei. Die Tschechoslowakei soll das zugehörige Material erzeugen und Jugoslawien bezügliche Vorräte überlassen. — Wir geben wohl noch nicht genug Geld für unseren Militarismus aus und werden jetzt auch noch den Jugoslawen ihre Uniformen bezahlen?

Reichskonferenz des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Gäusler. Der kleine Landwirt“ bringt die Nachricht, daß am 25. Feber 1923 in Prag eine Reichskonferenz des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Gäusler in der Tschechoslowakei stattfindet. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Berichte, 2. Organisation und Wirtschaftspragen, 3. Viehversicherung, 4. Freie Anträge.

Das Brünner „Montagsblatt“ behördlich eingestellt. Das Organ Boerans, das Brünner „Montagsblatt“, wurde behördlich auf sechs Monate eingestellt.

Verhaftung eines kommunistischen Sekretärs wegen Hochverrat. Der kommunistische Sekretär Siatin wurde am Montag in Mährisch-Ostrow verhaftet und dort dem Kreisgerichte eingeliefert. Er wird sich vor dem Schwurgerichte wegen „Hochverrates“ zu verantworten haben. — Das Gesetz zum Schutze der Republik wirkt also schon, noch ehe es beschlossen ist.

Totschlag als Folge der Arbeitskrise. In der Nacht von Freitag auf Samstag spielte sich in Oberdorf bei Weiz in Salzburg eine schreckliche Bluttat ab. In dem dort befindlichen Brauntoblerbergwerk wurden mit Abschluß dieser Woche 57 Bergarbeiter entlassen, darunter der 25 Jahre alte Franz Winkler sowie der 51 Jahre alte Franz Braunegger. Freitagabend zechte nun eine größere Anzahl von Bergarbeitern in einem Bauernhause. Hierauf begaben sich die Arbeiter in ihre Wohnung im Burtschenhaus der Kolonie. Dortselbst gerieten nun Winkler und Braunegger, der auf Ansuchen wieder in den Betrieb aufgenommen werden sollte, in Streit, in dessen Verlauf Winkler eine Hand ergriff und gegen den Kopf Brauneggers mehrere Hiebe führte. Blutüberströmt brach Braunegger zusammen. Dem Erschlagenen wurde die rechte Schläfe, das rechte Jochein sowie die rechte Ohrmuschel durchschlagen. Die sofort benachrichtigte Gendarmerie verhaftete den Täter in seinem Zimmer und lieferte ihn dem Bezirksgerichte Weiz ein.

Der Mailänder Hauptbahnhof niedergebrannt. In der Nacht auf gestern ist der Hauptbahnhof von Mailand, wie von dort gemeldet wird, einer großen Feuerbrunst zum Opfer gefallen. Das alte, mächtige Mittelgebäude des Hauptbahnhofes wurde vollständig eingeäschert und leicht nurmehr einem Trümmerhaufen. Der angrenzende Eisenbahnhof konnte vor dem Ueberqueren des Feuers gesichert werden. Die Ursache des Brandes scheint Kurzschluß gewesen zu sein. Den Eisenbahnangestellten gelang es, alle Rüge und Gepäckstücke aus dem Bahnhofe fortzuschaffen. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen. Der Schaden ist ein ungeheurer.

Die Brennerbahn durch eine Lawine verschüttet. Einige hundert Schritte südwärts der Brennergrenze wurde die Brennerbahn vorerstern durch eine Lawine verschüttet. Der Eisenbahnverkehr mußte unterbrochen werden. Der Personenverkehr von Nordtirol nach Italien wird über das Pustertal und über Franzensfeste geleitet.

Das eigene Kind erschossen. Der Bergakademiker Baranel in Peterswald kam Samstag von einer Jagd nach Hause und hängte das geladene Gewehr mit gezogenem Dahn an die Wand. Darauf nahm er sein einjähriges Kind auf den Arm und ging mit ihm im Wohnzimmer umher. Das Kind strebte fortwährend nach dem Gewehr und die Mutter, um dem Kinde eine Freude zu machen, nahm das Gewehr und zielte damit im Scherz auf das Kind. Bevor noch der Gatte abwehren konnte, ging der Schuß los und traf das Kind in den Kopf. Das Kind war augenblicklich tot und der Vater wurde an der Schulter verwundet.

Die magyarischen Soldaten werden gemaciert. In letzter Zeit wurden an der tschechoslowakisch-magyarischen Grenze eine große Menge magyarischer Soldaten angehalten, die aus der magyarischen Armee aus Angst vor dem Ausbruch eines Krieges desertierten. Die Deserteure, die vorläufig interniert sind, beschwerten sich über die surdibare Grausamkeit der Disziplin in der magyarischen Armee, die bis an rohe Martern grenze.

Telegramme an den „Sozialdemokrat“. Telegrafische Mitteilungen an den „Sozialdemokrat“ hinsichtlich der Adresse des verantwortlichen Redakteurs Dr. Emil Strauß, Prag 2., Havlikova nam. 22, zu richten.

Gerichtssaal.

Hochtaptler und Betrüger.

Prag, 31. Jänner. Der Geschäftsmann Karl Roman Knyzl aus Prag ist beim Prager Landesgericht eine bekannte Persönlichkeit. Man beschäftigt sich dort mit ihm bereits seit Monaten und kann mit der Bestrafung seiner Delikte nicht fertig werden. Vor Monaten wurde er wegen Betruges zu vier Monaten Kerker verurteilt, heute bekam er 18 Monate und demnächst wird er sich vor dem Prager Divisionsgerichte wegen eines in seiner Militärzeit begangenen Deliktes zu verantworten haben. Aus dem Leben dieses Hochtaptlers und Betrügers von Beruf bringt die Anklageschrift einige Einzelheiten: Im Jahre 1920 hat Knyzl zwei ärarische Decken entwendet und verkauft. — Im Mai 1921 schloß Knyzl mit Wenzel Cerwinka einen Geschäftsvertrag ab und ließ sich von diesem 10.000 Kronen als Anteil auszahlen. Als Pfand gab er ihm ein gefälschtes Sparkassabuch. Cerwinka brachte das Buch zurück und erhielt von Knyzl die Aufklärung, daß er 10.000 K in sein Hauptbuch habe eingetragen wollen und daß er aus Versehen diesen Betrag in das Sparkassabuch selbst eingetragen habe. — Im Jänner 1921 übernahm Knyzl von der Firma Doktor Waren in Kommission. Er zahlte jedoch nichts und schob die ganze Sache auf einen gewissen Sturz, dem er die Waren weiter in Kommission übergeben haben will. — Dem Schneider Lausch, dem er 1740 K für Kleider schuldet, gab Knyzl einen Scheck auf die Legiobank. Diese wieder den Scheck jedoch zurück, da Knyzl kein Guthaben bei ihr hatte. Knyzl entschuldigte sich bei Lausch, daß er ihm irtümlicherweise einen Legiobankscheck statt eines Postparaffascheckes ausgestellt hatte. Natürlich war der Postparaffascheck auch gefälscht. —

Knyzl besahte sich dann im Vorjahre mit dem Handel von Fleischmaschinen und betrog bei diesem Geschäft die Firma Sabata um einige Maschinen, und einige Personen, denen er die Maschinen verpfändete, um einige Tausend Kronen. Auch hier zahlte er alles mit Schecks, die sich als gefälscht erwiesen. — Selbst die Devisenjucht gewisser Kreise machte sich Knyzl zunutze: Am 6. August 1922 sah er mit einem Herrn Michael Sak in der Restauration des Hotels „Goldene Gans“. An einem Nebenische sah ein Amerikaner. Als dieser wegging, sagte Knyzl zum Sak: „Dieser Mann will Dollars verkaufen.“ Sakum hörte dies Sak, so gab er Knyzl 1000 K und beauftragte ihn, dem Amerikaner nachzugehen und ihm die Dollars abzulassen. Knyzl ging, kam lange nicht wieder, und als er denn doch erschien, hatte er keine Dollars — denn der Amerikaner hatte kein Geld mitgebracht — und auch kein Geld — denn das hatte er auf der Straße einem Bekannten georgt. — Knyzl ist dann noch in eine Betrugsaffäre als Hauptbeschuldiger verwickelt, in der es sich um große Sendungen von Salami handelt. Knyzl stellte sich bei der Salami-Firma Dzdaa als Legationskapitän vor, betrieb sich auf seine arthen militärischen Verdienste und — wurde als Agent angestellt. Es liefen auch tatsächlich einige Bestellungen ein. Doch das Verhängnis begann für Knyzl, als er zur Firma Pic geschickt wurde, um dort für Dzdaa ein Salamidepot zu beschaffen. Knyzl bekam noch 1700 K mit. Das Depot behob er, das Geld behielt er sich und die Salami verkaufte er. Auch die Salamidestellungen, die aus Mitrovic einlangten, wurden nicht bezahlt, denn Knyzl hatte sie fingiert. Als schließlich Knyzl zahlen sollte, stellte er seinen Omasowern — Legationssekretären (natürlich gefälschte) zur Verfügung. — Endlich wurde Knyzl hinter Schloß und Riegel gesetzt. Im Kerker hat er am 23. November v. J. ein umfassendes Geständnis abgelegt, in dem er angab, daß alle von ihm angegebenen Personen fingiert seien. Bei der heutigen Verhandlung vor er gleichfalls geständig. Er wurde, wie schon erwähnt, zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Journalistik und Filmindustrie.

Prag, 31. Jänner. Die vor einigen Tagen eingegangene Prager Tageszeitung „Cas“ enthielt in ihrer Nummer vom 9. November die Rubrik „Film“ einen Artikel, der „Ueber den Erziehungswert des Filmes“ handelte und mit h. v. gekennzeichnet war. In diesem Artikel wurde auf die Verderblichkeit gewisser Filme hingewiesen und unter anderem auch angeführt, daß die Administration des „Cas“ sich bei einem Kino um ein Inserat beworben habe, daß aber dieses Ansuchen in einem Schreiben an die Redaktion mit der Begründung abgewiesen wurde, einem solchen Blatte, wie dem „Cas“, der Filme rücksichtslos kritisiere, gebe man kein Inserat. Die Zeitschrift „Film“ brachte am 15. November eine Polemik gegen den „Cas“-Artikel, die von Ottomar Hanus verfaßt war. In dieser Polemik kritisierte Hanus, daß alle Referenten des „Cas“ ehrenwerte Fachmänner seien, der „Filmkritiker“ h. v. jedoch, sei etwas anderes, etwas Unreife. Dieser Kritiker habe sich dafür rächen wollen, weil er in der Filmbörse einmal keinen Platz mehr gefunden habe. Er hätte damals auch erklärt, daß er von nun an jeden Film herunterreißen werde. In der nächsten Folge der Zeitschrift „Film“ führte Hanus die Polemik weiter und schrieb u. a.: „Wenn der Film verderblich wirke, so wirke eben alles verderblich.“ Hanus sprach dann in dem Artikel in ausgehakt unaufrichtiger Weise über den Namen des Kritikers h. v., den er mit der tschechischen Bezeichnung „hovo“ (Dreck) verglich. Der „Cas“ ließ sich natürlich eine solche Anpöbelung seines Filmkritikers nicht gefallen und schickte durch seinen Chefredakteur an den Filmindustriellenverband einen Brief, indem erklärt wurde, daß sich der „Cas“ mit der Infamie und Gemeinheit, die in der Polemik Hanus enthalten sei, nicht beschäftigen werde. Ottomar Hanus fühlte sich durch diesen Brief beleidigt und klagte den Chefredakteur des „Cas“ wegen Ehrenbeleidigung. Bei der ersten Verhandlung im Dezember wurde der Chefredakteur des „Cas“ freigesprochen, weil der Gerichtshof die Ansicht vertrat, daß der Brief eine berechtigte Kritik darstellte. Hanus legte Berufung ein. Bei der heutigen Verhandlung unter Vorsitz des Dr. S. Souček wurde die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt.

Die Ermordung des belgischen Leutnants Graff.

Berlin, 30. Jänner. (Wolff.) Zu dem gegen vier Beamte der Hamborner Schutzpolizei wegen der Ermordung des Leutnants Graff ausgesprochenen Todesurteil des belgischen Militärgerichtes in Aachen erfährt das Wolff-Büro von zuständiger Stelle, daß die deutschen Verteidiger bereits bei der Beweisaufnahme hervorgehoben hätten, daß die jetzt Verurteilten unmöglich die Täter sein können, da drei andere ehemalige Beamte der Hamborner Schutzpolizei, Kawe, Schwirrat und Engeler, acht Tage vor Beginn der Aachener Verhandlungen vor dem Untersuchungsrichter in Stettin glaubhaft gestanden haben, die wirklichen Mörder zu sein. Die Reichsregierung ließ sofort der belgischen Regierung und den Militärjustizbehörden Abschriften der in Stettin aufgenommenen Protokolle zu gehen. Sie stellte auch den Antrag, die Aachener Angeklagten dem deutschen Gerichte zu überweisen, da Hamborn zur Zeit der Tat unbesezt war. Zugleich wollte die Reichsregierung Absandten der belgischen Regierung Einblick in die Akten und ihre Anwesenheit bei der Vernehmung der Angeschuldigten gestatten, erhielt aber bisher auf ihre Anträge keine Antwort. Die Reichsregierung sei bestrebt, die Angelegenheit lediglich nach den Grundfragen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu erledigen und werde weitere Schritte in Brüssel tun, um einen Justizmord zu verhindern und die wahrhaft Schuldigen der Strafe zuzuführen.

Kleine Chronik.

Fünf Vergleute verschüttet. Aus Bochum wird gemeldet: Auf der Zeche Schlägel und Eisen in Recklinghausen sind durch plötzlich herabfallende Gesteinsmassen fünf Vergleute erschlagen worden.

Brand auf dem Flugplatz in Kaufmann. Aus Kaufmann wird vom 30. Jänner gemeldet: Heute früh brach auf dem Flugplatz in einem Schuppen der Fliegerschule „Aero“ ein Brand aus. Mehrere Flugzeuge verbrannten oder wurden durch herabfallende Balken zerstört. Darunter befand sich auch ein Breguet-Bombenflugzeug, das der Fliegerschule von der französischen Regierung als Geschenk gesandt wurde und erst kürzlich in ein Verkehrsflugzeug umgewandelt worden ist.

Die Hölle von Irland. Aus Dublin wird gemeldet: Die Lage in Irland verschärft sich. Irreguläre Panden überfallen in der Nacht die Wohnungen einiger Zeitungsdirektoren und Redakteure, zündeten Häuser an und verursachten zahlreiche Explosionen.

Wohnungsnot und Gesundheit. Einen Ueberblick über die schweren Gefahren, die die heute in Deutschland herrschende Wohnungsnot für die Volksgesundheit mit sich bringt, gab Dr. Krautwig in einem Vortrag über den in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird. Die Wohnungsnot schädigt die Lebenskraft, weckt Volksmassen, erschwert die Heilung und begünstigt das Entstehen von Erkrankungen. Die gesundheitlichen Schädigungen der Wohnungsnot machen sich nur langsam bemerkbar, wirken aber deshalb nicht weniger verhängnisvoll. Durch das enge Zusammenleben vieler hängen sich die Schmutzkrankheiten und vorwiegend auch bei längerer Einwirkung die Infektionskrankheiten. Bevölkerungspolitisch ist die Wohnungsnot deshalb so gefährlich, weil sie die Familiengründung und Familienentfaltung hindert. Der Geburtenrückgang wird dadurch beschleunigt und verstärkt, ebenso die sittliche und gesundheitliche Verfallung kinderreicher Familien. Je größer die Wohnungsnot wird, um so mehr muß die Ausgestaltung der Krankenhäuser, der Entbindungsanstalten und des Fürsorgewesens gefördert werden, und es muß darauf hingearbeitet werden, daß die Wohnungspflege im Rahmen der gesundheitlichen Familienfürsorge umfassend und wirksam ausgebaut wird.

Ein amerikanischer „Reclam“. Das System von Reclams Universalbibliothek, sozusagen ins Amerikanische übertragen, ist jetzt in Amerika in der Entstehung begriffen. Im April soll der erste Band herauskommen. In einer wahren Wildnis sind die Vorbereitungen getroffen worden, in den Bergen von Tennessee, wo nach einem sorgfältig ausgedachten Plan alle Anstalten zur Herstellung von nicht weniger als 100.000 Bänden täglich gemacht worden sind. Ja, es sollen jährlich nicht weniger als 3.500.000 Bände auf den Markt kommen, nicht Heftchen, sondern in Rot und Gold gehaltene Leinwandbände, und jeder wird zu zehn Cent das Stück verkauft! Diese immense Bücherfabrik ist in einem neuen Ort, Kingsport genannt, wo reichlich Rohmaterial für die Herstellung von Papier und Einbänden vorhanden ist, untergebracht. Es sind besondere Maschinen für die Massenproduktion von Büchern gebaut worden, Kostenpreis drei Millionen Dollars. In diesen zehn-Cent-Büchern soll dem amerikanischen Volke im Laufe der Zeit die ganze Weltliteratur zugänglich gemacht werden. E. M. Adams, der Präsident der Gesellschaft, die das Unternehmen führt, fängt natürlich, wie man es bei einem Ur-Amerikaner eigentlich nicht anders erwarten kann, mit dem Neuen Testament an.

Der Giftstoffgehalt des menschlichen Körpers. Zu den Lebensgiften, die in Organen ihres Innenorgans hervorgebracht werden, gehört nicht nur eine große Anzahl von Toxinen, sondern auch der Mensch und zwar sind es zwei Gifte, die jeder normale Menschenkörper in sich bildet. In den Nieren, deren physiologische Bedeutung noch immer nicht ganz geklärt ist, wird das Adrenalin erzeugt, und in der Galle die Gallensäure, beides Giftstoffe, die zwar normalerweise dem eigenen Körper keinen Schaden bringen, jedoch als Gifte an sich alles eher als harmlos sind. Das Adrenalin, das ebenso wie die Gallensäure auch im Züngerleib erzeugt wird, stellt man aus Extrakten der Nebennieren dar, entweder in flüssiger, öfter aber in kristallinischer Form, in der es auch in den Handel gelangt. Obwohl nun das Adrenalin ein unentbehrlicher Bestandteil des Menschen- und Züngerleibkörpers ist, wirkt es bei Einspritzungen in die Gefäße oder in die Haut doch sehr schädlich und kann bei entsprechend starker Dosis sogar den Tod herbeiführen. Hauptächlich wird von der Wirkung des Giftes das Herz wie überhaupt das Gefäßsystem betroffen, indem durch eine starke Verengung der Blutgefäße der Blutdruck enorm gesteigert wird. Aus diesem Grunde wendet man das Adrenalin auch manchmal in der Chirurgie an, wenn es sich darum handelt, gewisse Körperstellen zeitweilig blutleer zu machen. Wie das Adrenalin, so bilden auch die in der Galle des Menschen- und Züngerleibkörpers enthaltenen Gallensäuren seit Bestandteile des Organismus; aber während das Adrenalin den Körper, in dem es sich befindet, nicht schädigt, kommt es bisweilen vor, daß die Gallensäure in die Blutbahn gelangt, sich hier anhäuft und sich dadurch an der Bildung von Krankheiten, so namentlich der Gelbsucht, beteiligt. In diesen Fällen üben die Gifte also ganz von selbst eine schädigende Wirkung auf ihren Träger aus. Einspritzungen mit Gallensäuren erzeugen je nach ihrer Art sowohl im Recken- wie auch im Gefäßsystem und den Muskeln krankhafte Veränderungen und sind für Hunde und Kaninchen schon in ganz geringer Menge — Bruchteilen eines Grammes — tödlich.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das Gesetz über die Arbeiterurlaube.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat das Gesetz über die bezahlten Arbeiterurlaube einer Umarbeitung unterzogen und wird es dem Wirtschaftsrat in den nächsten Tagen vorlegen. Das „Pravo Lidu“, welches diesen Gesetzentwurf veröffentlicht, erklärt, daß die tschechische Sozialdemokratie dafür eintritt, daß das Gesetz noch im Frühjahr im Parlament erledigt wird, damit schon im heurigen Sommer die Arbeiter die Wohlthaten des Gesetzes genießen. Nachstehend geben wir die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes wieder:

Alle dauernd Beschäftigten, welche aufgrund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses Arbeit leisten, haben nach einem Jahre Beschäftigung ein Anrecht auf einen bezahlten Erholungsurlaub. Dieser Urlaub beträgt sechs Arbeitstage bis zehn und zwölf Arbeitstage nach mehr als zehn Jahren Arbeitsdauer. Der Urlaubsanspruch, der noch nicht achtzehn Jahre alt ist, hat nach sechsmonatlicher ununterbrochener Arbeitsdauer in demselben Unternehmen das Anrecht auf einen bezahlten Urlaub in der Dauer von zehn Tagen. (§ 1). Die Bestimmungen des Gesetzes erstrecken sich nicht auf Saisonarbeiter, landwirtschaftliche Tagelöhner, Seimarbeiter und auf diejenigen Angestellten, deren Urlaubsanspruch durch ein besonderes Gesetz geregelt ist. (§ 2). Weniger günstige Bestimmungen in Arbeits- und Dienstverträgen sind rechtlich ungültig. (§ 3). Als Arbeitstage werden nicht angerechnet der Sonntag und jene Feiertage, die gesetzlich festgelegt werden. Diese Tage werden in den Urlaub nicht eingerechnet und sie werden auch nicht bezahlt. (§ 4). Militärdienst, Krankheit, Unfall werden in die Zeit, die für das Ausmaß des Urlaubes entscheidend ist, nicht eingerechnet. (§ 5). Den Arbeitnehmern gebührt für die Zeit des Urlaubes der Ersatz für den Lohn, der dem Durchschnitt der letzten vier Wochen entspricht. (§ 8). Die Einteilung des Urlaubes regelt die Betriebsverwaltung nach Beratung mit dem Vorsitzenden oder einem hierzu bestimmten Mitglied des Betriebsausschusses oder dem Vertrauensmann oder dem ältesten Angestellten. (§ 11).

Bei der Verhandlung dieses Antrages wird dazu noch einiges zu sagen sein.

Der Zusammenbruch der Buschtzhrader Eisenbahn. Der Verwaltungsrat der Buschtzhrader Eisenbahn hat heute im Sinne seines gestrigen Beschlusses das Eisenbahnministerium ersucht, die Staatsverwaltung möge mit der Gesellschaft Verhandlungen entweder über eine Sanierung oder über die Einlösung der Buschtzhrader Eisenbahn einleiten. Das Eisenbahnministerium hat den Verwaltungsrat in Kenntnis gesetzt, daß es geneigt sei, die zweite Alternative, nämlich die Einlösung der Bahn, in Erwägung zu ziehen, und den Verwaltungsrat aufgefordert, einen angemessenen Antrag vorzulegen. Zu diesem behufe wird der Verwaltungsrat in den nächsten Tagen zu einer Sitzung zusammenzutreten, um diesem Wunsche des Eisenbahnministeriums zu entsprechen. Die notwendigen Arbeiten zur Beschaffung der für diese Verhandlungen erforderlichen Unterlagen werden von der Gesellschaft mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. — Vom Eisenbahnministerium wird dazu mitgeteilt, daß das Eisenbahnministerium in der Antwort auf das Ersuchen des Verwaltungsrates der Buschtzhrader Eisenbahn die Bereitschaft ausgesprochen hat, wegen der Einlösung der Buschtzhrader Eisenbahn unter der Bedingung in Verhandlungen zu treten, daß die Aktionäre sich bereit erklären, auch die größten Opfer zu bringen. Das Eisenbahnministerium hat gleichzeitig erklärt, daß über die Einlösung auf Grundlage der Minimalrenten nicht verhandelt werden könne. Die Regierung hat sich mit dieser Antwort auf einen Standpunkt gestellt, der allgemeine Verurteilung finden muß. In einer Zeit, da durch Eingreifen der Staatsverwaltung der Zusammenbruch vermieden werden konnte, hat das Eisenbahnministerium jede Verhandlung abgelehnt, wiewohl doch nur die verfehlte Wirtschaft- und Währungspolitik die Katastrophe der Buschtzhrader, einst der bestbelebtesten und bestrentierenden Privatbahn, verursacht hat. (D. Red.)

Die Arbeitslosenunterstützung für Bauarbeiter. Die am 25. Jänner ausgegebene Sammlung der Gesetze und Verordnungen bringt eine Regierungsverordnung vom 19. Jänner 1923, welche die weitere Unterstützung der arbeitslosen Bauarbeiter zum Gegenstand hat. Danach wird die Regierungsverordnung vom 19. Jänner 1923, wodurch die Arbeitslosenunterstützung auf das Baugewerbe ausgedehnt wird, vom 1. Jänner 1923 ab bis zu der Zeit verlängert, da das Gesetz vom 19. Juli 1921 (Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung) in Kraft tritt, längstens jedoch bis 31. Dezember 1923. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Kündigung des Reichsberger Arbeitsvertrages für die Textilindustrie. Das Sekretariat der Union der Textilarbeiter in Reichsberg hat von der Kreisleitung des deutschen Hauptverbandes der Industriellen die Mitteilung erhalten, daß der Hauptverband das am 26. Oktober 1922 abgeschlossene Zusatzabkommen zum geltenden Tarifvertrage per 1. März 1923 kündigt wird. Gleichzeitig beantragen die Industriellen die Herabsetzung der derzeit bestehenden Teuerungszulagen von hundert auf siebenzig Prozent. — Auf der Oberleitensdorfer Vertrag ist gekündigt worden.

Hunderttausend Arbeitslose in Wien. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, waren am

17. Jänner bei den Wiener Arbeitslosenämtern 96804 arbeitslose Männer und Frauen gemeldet. Das größte Kontingent stellen die Metallarbeiter mit 23569, Hilfsarbeiter mit 17605, die Bauarbeiter mit 11755, die Angestellten mit 10580, die Gastgewerbeangestellten 6336 und die Schneider mit 5541 Arbeitslosen. Rubezu 100.000 Menschen sind also arbeitslos und auf die große Unterstützung angewiesen, die für nicht viel mehr als einen Laib Brot täglich reicht. Man muß mindestens 300.000 Menschen in Wien (die Arbeitslosen mit ihren Familien), also ein Sechstel der gesamten Bevölkerung, annehmen, deren Hauptnahrung trodenes Brot und bitterer Tee ist. Da alle Arbeitslosen nicht unterstützt werden — etwa 14000 beziehen keine Unterstützung — gibt es in Wien etwa 40.000 Menschen, die dem nackten Hunger preisgegeben sind. Sie wissen am Morgen nicht, wovon sie zu Mittag leben werden.

Produktionskrise in Lodz. Aus Lodz wird gemeldet: Die Lage in der Lodzger Textilindustrie verschärft sich weiter. Weitere 12 kleinere Fabriken haben ihre Tätigkeit eingestellt und die Arbeiterschaft entlassen. In einer Reihe von Fabriken wurde die Produktion auf vier Tage in der Woche beschränkt.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	15.40'00
Berlin	Mark	13.46.02
Wien	Süerr. Kr.	2.007

Züricher Schlusskurse.

	Geld	Ware
Paris	31.90'00	32.10'00
London	24.57'00	24.90'00
Berlin	0.0'01	0.01'00
Mailand	25.30'00	25.40'00
Sankt Petersburg	211'25	211'75
Sofia	00.73'00	0.00'75
Budapest	0.20'00	0.20'50
Bra	15.25	15.40
New York	5.38'25	5.38'75
Belgrad	00.4'05	00.4'80
Warschau	0.01'00	0.01'50
Wien gest.	0.00'00	0.00'00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1371.00	1375.00
100 holl. Franc	5'25.00	9'25.00
100 schweiz. Franc	647.25	649.75
100 Lire	164.25	165.75
100 franz. Francs	208.75	210.25
1 Pfund Sterling	160.50	162.00
1 Dollar	34'35.00	34'95.00
100 belg. Francs	184.25	185.75
100 Dinar	32.25	31.75
100 österr. Kronen	00.4'50	0'05.00
100 poln. Mark	7'25.00	12'25.00
100 magyar. Kronen	1'33.00	1'43.00

Kunst und Wissen.

Das Glaubensbekenntnis eines Idealisten. Der Graf Hermann Keyserling, dessen „Reisebuch eines Philosophen“ vor einem Jahre von jedem gelannt sein dürfte, der als „modern“ gelten wollte, gab Dienstag abends in der Urania seinen Verehrern, Snobs und sachlich Interessierten Gelegenheit, die Kraft seiner Begeisterung von Mensch zu Mensch kennen zu lernen. Und da muß man vielleicht sagen, daß die Lehren, die Keyserling vorträgt, der gesamten, auf Klassenkultur aufgebauten Menschheit von heute kaum vorwärtszuheben vermögen, aber ein ehrlicher Bekenner und gläubiger Idealist steht ebenso gewiß hinter ihm. Sein Evangelium ist kurz und einfach: Fort mit dem Originalitätsstreben, dessen ewige Jagd nach Neuem von der Oberfläche der Dinge nicht los kommt, und fort von der Verehrung für das Tatsächliche, die nicht gestattet, sich auf die Bedeutung der Tatsachen zu besinnen! Denn nicht die Tatsachen schaffen die Bedeutung, sondern umgekehrt, die Bedeutung das Tatsächliche. Was die größten Förderer der Menschheit, ein Sokrates, Plato, Konfucius, Buddha und Christus zu geben hatten, war, aufs Tatsächliche angesehen, kaum neu, aber wie sie es boten, macht die ewige Bedeutung ihres Wirkens aus, die tiefinnerliche Einstellung der Probleme erhebt sie zu etwas schlechthin Einzigartigem. Auf die Einstellung kommt es eben nach Keyserling an, sie formt die Gesinnung, den Charakter und damit die Persönlichkeit. Die Wissenschaften, die das neunzehnte Jahrhundert beherrschten, mußten nach der Richtung der Gesinnungsbildung verlagern, denn sie stellen nur den äußerlichen Zusammenhang nach Ursache und Wirkung, sozusagen das Gedankenalphabet dar. Aus diesem Alphabet ein Gedicht zu machen, ist Aufgabe der Einstellung, die erst in die Dinge den Sinn und Kern hineingelegt. Keyserling setzt diesen „Sinn“ mit „Religiosität“ gleich, aber nichts kann uns hindern, auch unser soziales Glaubensbekenntnis als Sinn des ökonomischen Tatsachenmaterials aufzufassen. Auch uns ist Bedeutung alles, auch wir lesen das Weltalphabet auf besondere und sinnvolle Art. Und auch unser Streben hört nicht bei der Hebung der gesamten Masse auf, sondern will jeden einzelnen, bis wir uns am Ziele unserer ökonomischen Aufgabe sehen, zur Persönlichkeit emporgeläuert wissen. Nach allen diesen Richtungen gibt es zwischen uns und dem Eifer Keyserlings Nähen und Beziehungen die Menge.

Sonntag Nachvorstellung, Gastspiel Burian-Walder. Zur Aufführung gelangen die neuen Einakter „Colombine“ mit Alice Rohde und den Herren Heim, Koch und „Spelunte“ mit Ria Nessel, Wilhelm Heim, Felix Kühne, Paul Hörbiger. Den herrlichen Teil des Programms bestreiten der populäre Prager Komiker Blasimil Burian mit einem durchwegs neuen lustigen Programm und der berühmte deutsche Lautensänger Hans Walder. Kartenverkauf täglich.

Der Wienerische Hanswurst ist das Symbol des alten Wiener Volksstückes, dieses ewigen Quacksalbers der Lebensfreude und der Volkstümlichkeit. Genosse Dr. Kleinberg spricht Freitag, den 2. Feber in einem mit „Verein deutscher Arbeiter“ und der „Urania“ veranstalteten Vortrag über diese lebenssprühende Figur; der in Prag bestens bekannte Ernst Wurmer wird heitere Proben lesen. Viele Originalitätbilder. — Großer Uraniasaal, Freitag, 8 Uhr abends. Karten in der „Urania“ und bei Genossen Deutsch.

Neues Theater. Heute Anstellungsgastspiel Leonardo Kramesco-Wien in Mozarts „Zauberflöte“; morgen, Freitag, Verdis „Rigoletto“ mit V. Kramesco als Herzog; Samstag Schuberths „Trenmaderhaus“, Anfang ausnahmsweise dreiviertel 7 Uhr.

Kleine Bühne. Heute, Donnerstag keine Vorstellung, Morgen, Freitag, und Sonntag nachmittags „Casanovas Sohn“. Samstag Gastspiel Leopold Kramer in Bedekinds Drama „Rusik“. Sonntag abends Gastspiel Blanche Deyron in der Komödienneue „Marissas halbes Herz“ von Max Brod.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Teitschen. Sonntag, den 18. Feber findet in Teitschen die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Organisation der sozialen Fürsorge in Teitschen und Vortrag über die Schritte, die gegen die Verschärfung der Vermögensabgabe zu unternehmen sind.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Heute, 6 Uhr. „Die Lebensvorgänge im Pflanzen- und Tierkörper“ (mit Lichtbildern und mikrofl. Präparaten), Frau Prof. Erna Liebaldt. Einzelparten 2 K. — 8 Uhr. „Pragm. Quartett-Abend“, Prager Madrigal- und Quartett-Vereinigung. Liebeslieder-Walzer, op. 52, Sigenreklieber, op. 103, Walzer, op. 39, vierhändig. Populärer Einheitspreis 5 K, Mitglieder 4 K.

Turnen und Sport.

Die Deutsche Bobmeisterschaft in Winterberg (Westfalen). Sonntag wurde in Winterberg die deutsche Bobmeisterschaft unter starker Beteiligung des In- und Auslandes ausgetragen. Am Start fanden sich etwa 52 Mannschaften ein. Das Rennen wurde in zwei Fahrten ausgetragen. Witterung und Schneeverhältnisse waren befriedigend. Erster wurde Bob „Hörsing“ aus Herbrecht bei Dortmund in den Zeiten von 2 : 55 und 2 : 02, zweiter Bob „Gotha“ aus Berlin mit 2 : 02 und 2 : 24, dritter Bob „Marathon“ der Winterportabteilung des Teplitzer Fußballklubs in den Zeiten von 2 : 02 und 2 : 24. (Dr. Br.)

Für die internationalen Skilaufen in Narviksborf, 8. bis 11. Feber, haben bisher Vertreter angemeldet: Norwegen, Schweden, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Oesterreich, Südböhmen, Ungarn, Finnland, Rumänien, die Vereinigten Staaten und Polen.

Mitteilungen aus dem Publikum.



„Ceres“ Krapfen für verliebte Leute! (Beschweeren nicht den Magen!)

Während mit Schmalz, Rinds- oder Schweinefett ausgebackene Krapfen oft Magenbeschwerden verursachen, sind Ceres-Krapfen sehr bekömmlich.

1382

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Sallik.

Verbandstoff-Werke Teplitz-Schönau. Telefon Nr. 851/IV. Telefon Nr. 851/IV. Liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche 1089. Verbandsstoffe, Verbandswatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Plaster.